

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Dreizehnter Umsetzungsbericht



Impressum

MedieninhaberIn, VerlegerIn und HerausgeberIn:
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1010 Wien
+43 1 501150-3320
bmeia.gv.at
AutorInnen: XXX
Layout: BMEIA
Wien, 2022

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Dreizehnter Umsetzungsbericht

Einleitung

Kerninhalte der Women, Peace and Security (WPS) Agenda

Knapp über 50 % der Weltbevölkerung besteht aus Frauen. Daher muss es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, die internationale Sicherheitspolitik so zu gestalten, dass sowohl die aktive Teilhabe an Konfliktlösungs- und Friedensprozessen als auch ihr Schutz in bewaffneten Konflikten systematisch gewährleistet wird. Nur wenn Frauen und Mädchen als „agents of change“ eine aktive Rolle in politischen Entscheidungsprozessen, Konfliktverhütungs-, Konfliktlösungs- und Wiederaufbauprozessen spielen, können nachhaltig friedliche Gesellschaften entstehen. Das ist der Kerngedanke der bahnbrechenden Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit, die der VN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 verabschiedet hat.

- 1. Participation:** Frauen können und müssen auf allen Entscheidungsebenen eine aktive Rolle spielen – in der Konfliktprävention, beim Konfliktmanagement, in Friedensverhandlungen sowie bei der Friedenskonsolidierung und in internationalen Friedensoperationen.
- 2. Protection:** Resolution 1325 adressiert die unverhältnismäßigen Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Frauen und Mädchen. Gleichzeitig wird unterstrichen, dass Frauen und Mädchen in Krisen- und Konfliktgebieten andere Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse haben als Männer und Buben – sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt ist ein trauriges Muster in bewaffneten Konflikten und wird oftmals auch als grausame Kriegstaktik eingesetzt. Daher verlangt Resolution 1325 einen differenzierten Ansatz unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse und den Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten.

3. **Prevention:** In Resolution 1325 ist ein Appell an alle Staaten enthalten, präventiv tätig zu werden, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken und lokale Fraueninitiativen zu unterstützen. Dazu gehört auch, der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen – insbesondere auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen – zur Verantwortung zu ziehen.

4. **Relief and recovery:** Schlussendlich ist es unabdingbar, eine Geschlechterperspektive im Bereich der Nothilfe und beim Wiederaufbau zur Bewältigung internationaler Krisen sowie die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen in humanitären Krisen zu berücksichtigen.

Resolution 1325 wurde seither kontinuierlich fortentwickelt und durch neun Folgeresolutionen mit spezifischen Schwerpunkten [1820 \(2008\)](#), [1888 \(2009\)](#), [1889 \(2009\)](#), [1960 \(2010\)](#), [2106 \(2013\)](#), [2122 \(2013\)](#), [2242 \(2015\)](#), [2467 \(2019\)](#) und [2493 \(2019\)](#) – bekannt unter dem Namen „Women, Peace and Security Agenda“ (WPS-Agenda) – komplettiert.

Es liegt nun an den VN-Mitgliedsstaaten, die Inhalte der WPS-Agenda durch Nationale Aktionspläne (NAPs) zu Resolution 1325 umzusetzen. NAPs sind Strategiedokumente auf nationaler Ebene, die die Vorgehensweise einer Regierung bei der Umsetzung der WPS-Agenda festlegen. Dieser Leitfaden erleichtert die praktische Umsetzung auf nationaler wie internationaler Ebene – zB für die Festlegung der Position in internationalen Foren wie den Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Union (EU).

Der österreichische Nationale Aktionsplan und seine Umsetzung

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit/Women, Peace and Security“ (WPS) und hat am 8. August 2007 den ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 angenommene überarbeitete [österreichische Nationale Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325](#) ist. Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 wurde der [Strategische Ansatz der EU zur Umsetzung der WPS Agenda](#) angenommen, der 2019 durch [EU-Aktionsplan zur WPS-Agenda 2019 – 2024](#) ergänzt wurde.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende dreizehnte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2021 und schließt an den 12. Umsetzungsbericht an, der am 15. Dezember 2021 vom Ministerrat angenommen wurde. Ziel ist, einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten NAP bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen zu bieten.

Im überarbeiteten NAP aus dem Jahr 2012 wird festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurden die Ressorts sowie relevante Zivilgesellschaftsorganisationen damit befasst. Es hat sich dabei kein unmittelbarer Bedarf für eine Überarbeitung ergeben. Vielmehr müsse der Fokus auf einer kontinuierlichen systematischen Umsetzung des bestehenden NAPs in

Verbindung mit den oben zitierten (oz.) EU-Dokumenten liegen. Die Frage einer weiteren Anpassung des NAPs wird insbes. auch im Lichte der Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene kontinuierlich weiterverfolgt werden.

Auch das Jahr 2021 wurde von der anhaltenden COVID-19 Pandemie überschattet. Viele der geplanten Aktivitäten konnten weiterhin nicht oder nicht im ursprünglich geplanten Rahmen stattfinden und mussten verschoben oder in den virtuellen Raum verlagert werden. Gleichzeitig zeigten ein [Bericht des VN-Generalsekretärs zum Thema: „The Impact of COVID-19 on Women“](#) bereits im April 2020 und weitere Studien auf, dass Frauen und Mädchen überproportional von den Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen sind. Auch die Umsetzung der WPS-Agenda ist davon umfasst. Ein konsequenter Einsatz für die Ziele von Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen ist daher gerade unter diesen Umständen besonders wichtig. Allen Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit unter besonders herausfordernden Umständen fortgesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz gedankt.

Entsprechend der langjährigen Schwerpunktsetzung setzte sich Österreich in sämtlichen internationalen Foren wie den VN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der EU und dem Europarat (EuR) gemeinsam mit anderen Staaten gegen die Verwässerung internationaler Standards zu Frauenrechten ein.

Als für den Berichtszeitraum besonders relevant hervorzuheben sind die österreichische Teilnahme am „Generation Equality Forum“ (GEF), das von 29. bis 31. März in Mexiko und von 30. Juni bis 2. Juli in Paris stattfand. Das GEF ist ein von UN WOMEN gemeinsam mit Mexiko und Frankreich organisiertes Forum, das zur Zielsetzung hat, ein neues Momentum für die Umsetzung der globalen Agenda für Geschlechtergleichstellung zu schaffen. In diesem Rahmen meldete Österreich einerseits zwei Mio. EUR für die Bildung von Frauen und Mädchen in Syrien und dem Libanon ein und unterzeichnete andererseits den „Compact on Women, Peace and Security and Humanitarian Action“. Dieses Dokument soll durch Verpflichtungserklärungen unterschiedlichster Stakeholder dazu beitragen, die Beteiligung von Frauen und Mädchen an Konfliktlösungsprozessen zu sichern und deren Schutz in Krisensituationen sicherzustellen. Österreich meldete dazu Pledges in der Höhe von 11,4 Mio Euro, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden, an.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Krise in Afghanistan zu einer akuten humanitären Notlage für die afghanische Zivilbevölkerung führt, die besonders Mädchen und Frauen trifft, wurden von dem österreichischen Soforthilfepaket in der Höhe von 20 Millionen Euro für Afghanistan im September fünf Mio. EUR speziell für die Unterstützung von Mädchen und Frauen im Rahmen von Projekten von UN WOMEN bereitgestellt.

Neben zahlreichen Aktivitäten zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen über das ganze Jahr hindurch unterstützte Österreich schlussendlich die globale Kampagne „Orange the World – 16 days of activism against gender-based violence“, die von UN Women weltweit umgesetzt wird. Durch zahlreiche Initiativen des BMEIA in Österreich und durch die österreichischen Vertretungsbehörden weltweit konnte eine breite Öffentlichkeit für das Thema geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert werden.

Inhalt

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	3
Der österreichische Nationale Aktionsplan und seine Umsetzung	5
1. Aktivitäten in Österreich	10
1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung	10
1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen	11
1.3. Training/Code of Conduct	18
2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie im Rahmen von bilateralen Kontakten	24
2.1 Vereinte Nationen	25
2.2. Europäische Union	36
2.3. OSZE	38
2.4. NATO/Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat(EAPC)/PfP	39
2.5. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit u. Entwicklung (OECD)	43
2.6 Regionale Aktivitäten	44
2.7. Bilaterale Kontakte	45
3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit	48
3.1. BMEIA/ADA	50
3.2 Beispielhafte OEZA Projekte, die in besonderem Ausmaß zur Umsetzung der Resolution 1325 beitragen	51
3.3 Projekte in direkter Kooperation mit zivilgesellschaftlichen internationalen und lokalen Frauenrechtsorganisationen	53
3.4. Bundesministerium für Finanzen (BMF)	56
Anhang 1: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste 16 Tage gegen Gewalt	58
1.1. Beleuchtung von Botschaftsgebäuden, Residenzen und Kooperationsbüros	58
1.2. Aktivitäten in Sozialen Medien	58
1.3. Gemeinsame Aktivitäten im EU-Verband	59
1.4. Andere Aktivitäten.....	59
2. Internationaler Frauentag am 8. März	61
3. Netzwerkpflege	63
4. Berichterstattung zur Situation der Frauenrechte im Empfangsstaat	64
5. Andere Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturforen	65
Anhang 2: Abkürzungsverzeichnis	92

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

Ziele:

- Verstärkung des Engagements und der Maßnahmen Österreichs zur Umsetzung der WPS-Agenda auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene

Maßnahmen:

- Sicherstellung der Zusammenarbeit und Koordination bei der Umsetzung der WPS-Agenda mit allen relevanten österreichischen Stakeholdern;
- Proaktive Kommunikation der WPS-Agenda über alle verfügbaren Medien, um das gesellschaftliche Verständnis für WPS-Initiativen und Vorteile bei den EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu erweitern.

BMEIA/ADA

- Der am 15. Dezember vom Ministerrat angenommene zwölfte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BKA veröffentlicht.
- Der zwölfte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Die ADA veröffentlichte im Berichtszeitraum 46 Facebook-Einträge, 25 Tweets und 19 Instagram-Beiträge bzw. Stories zu Frauenthemen.
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des ggstl. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem

Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, folgte deren Einladungen zu Treffen zum Informationsaustausch und war darum bemüht, deren Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

Ziele: Teilhabe

- Stärkung der Führungsrolle und Beteiligung von Frauen in allen Bereichen, die mit Frieden und Sicherheit zu tun haben;
- Stärkung der Partizipation von Frauen an friedensfördernden und konfliktbeilegenden Aktivitäten, insbes. durch Erhöhung des Anteils von Frauen in Entscheidungspositionen in internationalen und europäischen Organisationen;

Maßnahmen:

- Einsatz einer spezifischen Personalpolitik, deren Ziel die Erhöhung des Anteils von Frauen an von Österreich entsandtem Personal ist

Indikatoren:

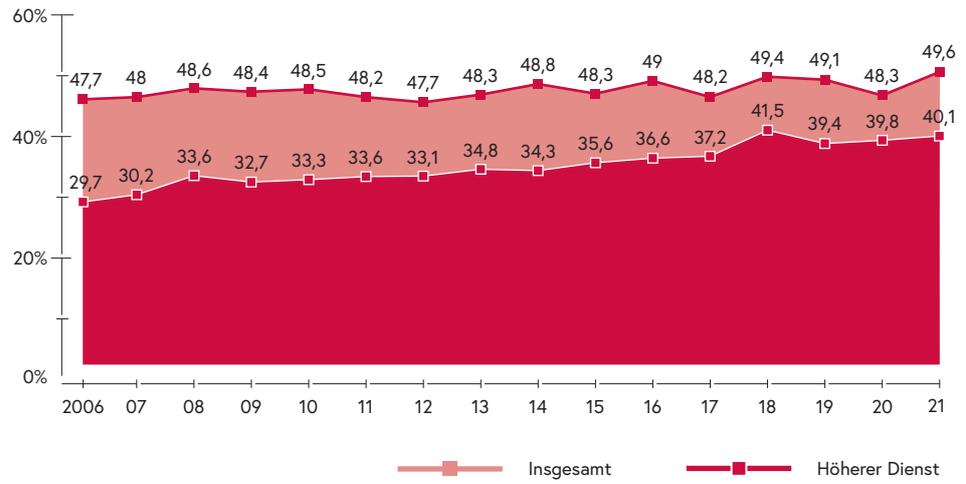
- Zahl und Verhältnis von Frauen in den Ressorts, insb. Diplomatischer Dienst, österr. Bundesheer, österr. militärisches und ziviles Personal in Friedenseinsätzen sowie Frauenanteil in Wahlbeobachtungen; gesonderte Nennung von Frauen in Führungspositionen

BMEIA

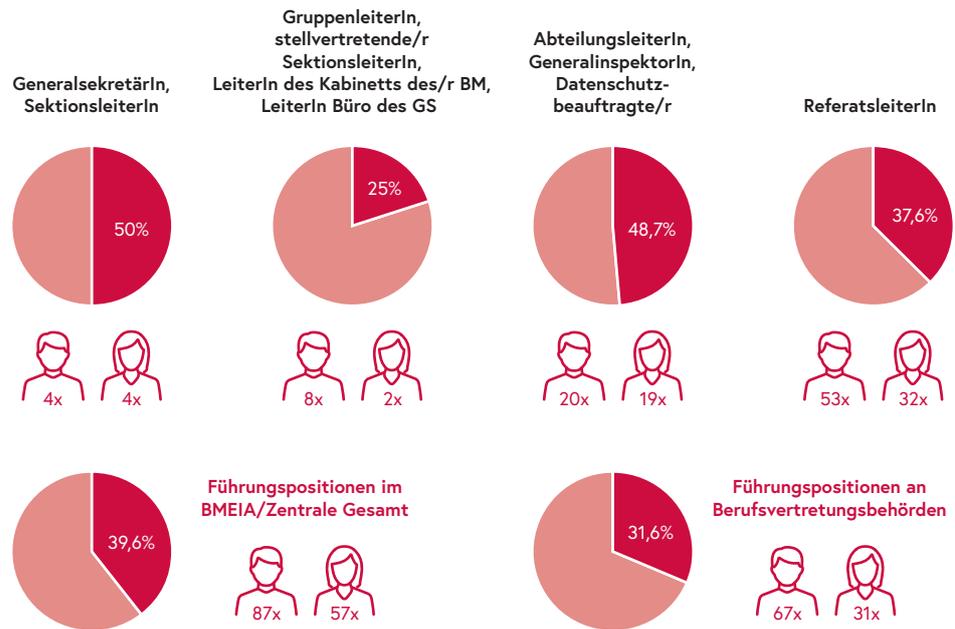
Frauenanteil im BMEIA, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Der Frauenanteil im Höheren Auswärtigen Dienst der Jahrgänge 1975 und jünger beträgt im Berichtsjahr bereits rund 50 Prozent. Der Anteil der Frauen im diplomatischen Dienst insgesamt steigt kontinuierlich und liegt bei 39,7 %. Der Anteil weiblicher Botschafterinnen beträgt 33 %.

Frauenanteil des BMEIA in %



Frauen in Führungspositionen im BMEIA/Zentrale



- Innerhalb des BMEIA gilt der zuletzt per 1. September 2018 adaptierte Frauenförderungsplan, der im Wesentlichen folgende Ziele vorsieht:

- Mindestens 50 % Anteil weiblicher Bediensteter in allen Besoldungsgruppen, Entlohnungsschemata, Verwendungs- und Entlohnungsgruppen sowie an allen einer jeweiligen Funktionsgruppe zugeordneten Arbeitsplätzen;

- Anhebung des Frauenanteils in Führungspositionen sowie bei der Vertretung bzw. Entsendung in leitende Positionen in EU-Gremien und Internationale Organisationen (IO);

- Gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in allen Entscheidungsstrukturen, Beratungsgremien, Aufsichtsräten, Beiräten, Kommissionen, Fachgruppen und ähnlichen Arbeitsgruppen;

- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern, konkrete Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in bestimmten Besoldungs-, Verwendungs- und Entlohnungsgruppen bzw. Entlohnungsschemata.

- Weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb des BMEIA sind Maßnahmen wie Teilzeit, Telearbeit und Gleitzeit im Inland, um die Organisation der Arbeit durch mehr Flexibilität zu fördern. Darüber hinaus unterstützt das „Family Office“ die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie im In- und Ausland. Die Arbeitsaufnahme von Familienangehörigen – begleitende Ehegattinnen und Ehegatten bzw. Partnerinnen und Partnern von ins Ausland entsandten Bediensteten – wird möglichst mittels bilateraler Vereinbarungen mit den Gaststaaten laufend unterstützt. Das BMEIA bietet weiters Betreuungsplätze für Kleinkinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Betriebskindergarten sowie Kinderbetreuung im BMEIA während Teilen der Schulferien an.

- Für den Girls' Day 2021, der am 22. April stattfand, wurde ein Video über Karriere-möglichkeiten im Außenministerium gedreht, in dem die Leiterin der Managementsektion, eine Jungdiplomatin und ein Lehrling ihren Werdegang und Arbeitsalltag im Außenministerium schildern. Dieses Video wurde auch auf Social Media gepostet. Zudem gab es auf Instagram einen interaktiven Austausch mit Mitarbeiterinnen. Zusätzlich fand ein virtueller Live-Talk für interessierte Schülerinnen statt, in dessen Rahmen die Leiterin der Managementsektion und weitere Mitarbeiterinnen zu Ausbildungs- und Karriere-möglichkeiten im Außenministerium informierten.

Wahlbeobachtungen

- Im Berichtszeitraum wurden aufgrund der COVID-19-Pandemie von Österreich nur vier Personen, davon eine Frau (25 %), für Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Die drei nominierten Österreicher hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) tatsächlich in die durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt. Die nominierte Wahlbeobachterin wurde wegen der kurzfristigen Stornierung der Wahlbeobachtungsmission nicht entsandt.

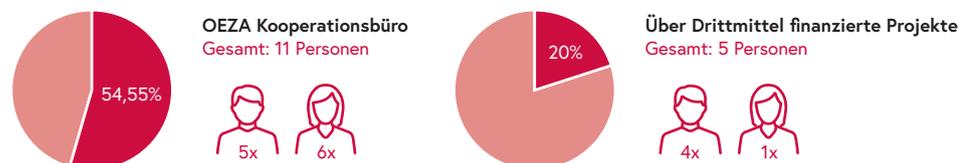
- Österreich tritt stets für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen innerhalb der OSZE ein, insbes. in Leitungsfunktionen, im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den OSZE-Feldpräsenzen. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 27 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenzen sekundiert, davon waren neun (33,33 %) weiblich.

- Zudem arbeiteten 15 Österreicherinnen und Österreicher, davon acht Frauen (53,33 %), in internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien und den OSZE-Institutionen. Fünf dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine arbeitete im ODIHR in Warschau und zwei bei der OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien (RFOM).

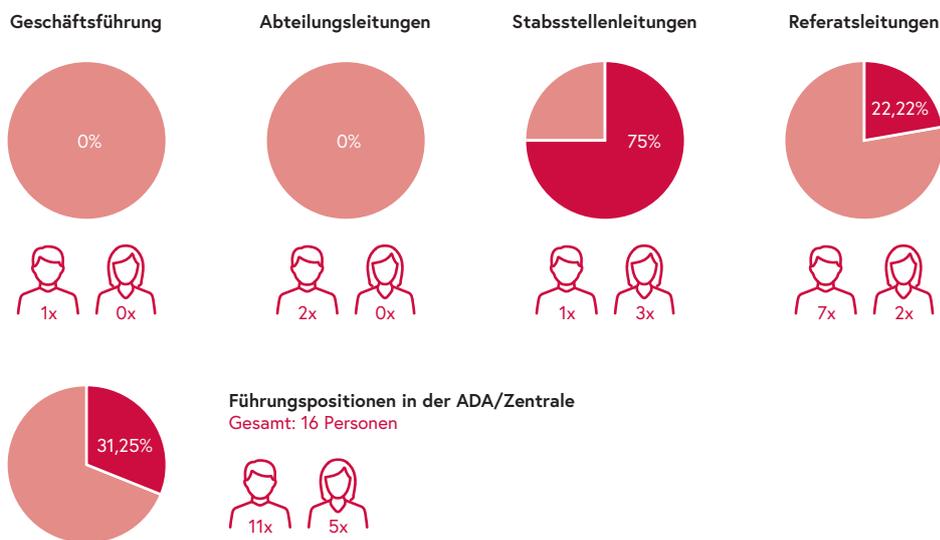
- COVID-19 bedingt fanden im Berichtszeitraum nur sechs EU-Wahlbeobachtungsmissionen statt, zu denen drei Frauen (37,5 %) und fünf Männer (62,5 %) als Langzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter und eine Frau (33,3 %) und zwei Männer (66,7 %) als Kurzzeitbeobachterinnen und -beobachter entsandt wurden.

ADA

Entsandtes Personal per 31.12.2021



Frauenanteil in Führungspositionen in der ADA Zentrale per 31.12.2021



Bundesministerium für Inneres (BMI)

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 12 Polizistinnen und Polizisten, davon eine Frau (8,33 %), in insgesamt vier verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union (EU) eingesetzt.
- Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat das BMI inklusive Rotation zwei Polizistinnen (100 %) entsandt, die im gesamten Berichtszeitraum als Verbindungsbeamtinnen zur kosovarischen Polizei, zur Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX-Kosovo) und zu anderen IO im Einsatzgebiet eingesetzt waren.
- Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die EU bzw. die Vereinten Nationen (VN). Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizistinnen und Polizisten im Wege des BMI bei der EU oder den VN in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden IOs hat das BMI keinen Einfluss.

Bundesministerium für Justiz (BMJ)

- Mit Stand 31. Dezember war eine österreichische Richterin, die bereits pensioniert ist, als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone tätig. Eine weitere österreichische Richterin war beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha als Richterin eingesetzt.
- Überdies war eine österreichische Richterin als nationale Expertin beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) tätig, die unter anderem mit der Prüfung und

Bearbeitung von Menschenrechtsbeschwerden, dem Schriftverkehr mit Beschwerdeführern und der Erstellung von Entwürfen für Urteile, Entscheidungen, Protokollen und Berichten betraut war. Eine weitere österreichische Richterin absolvierte ein einjähriges Praktikum am EGMR, um durch die Bearbeitung von Individualbeschwerden und die Vorbereitung von Formalentscheidungen die Rechtsprechung des Gerichtshofes näher kennenzulernen.

Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)

- Personal im Auslandseinsatz: Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 35 Frauen und 994 Männer des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich im November auf 48. Somit entsprach der Frauenanteil des insgesamt entsendeten Personals im Durchschnitt 3,44 %.

- Soldatinnen im Auslandseinsatz haben im Berichtsjahr insbesondere folgende höherrangige Offiziers-Funktionen wahrgenommen: Ärztinnen, Rechtsberaterinnen, Staboffizierinnen, Militärbeobachterinnen und Kompaniekommandantinnen.

- Erhöhung des Frauenanteils im Auslandseinsatz: Die für die Aufbringung verantwortliche Stelle informiert laufend die in Frage kommenden Unteroffizierinnen und Offizierinnen persönlich und wirbt für derartige Funktionen.

- Erhöhung des Frauenanteils im ÖBH: Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen gesetzt, die vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen sollen:

- Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in fünf Bundesländern an 12 Standorten im Juli und August mit insgesamt 17 Gruppen, in denen 431 Kinder betreut wurden;

- Die Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit ist - abhängig von der Auftragslage - obligatorisch;

- Das Projekt zur Schaffung eines kontinuierlichen, ganzjährigen Kinderbetreuungsangebotes im ÖBH als familienfreundliches Signal an die Bediensteten wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie vorübergehend unterbrochen, aber im Jahr 2021 fortgesetzt.

- Darüber hinaus wurden folgende Maßnahmen zur generellen Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt:

- Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Der einmal im Jahr stattfindende „Girls’ Day“ stellt dabei weiterhin den maßgeblichen Ankerpunkt in den Bemühungen des ÖBH zur Gewinnung von Soldatinnen dar. Aufgrund von COVID-19 und der damit verbundenen Einschränkungen konnte jedoch im Jahr 2021 kein „Girls’ Day“ durchgeführt werden.

- Aufbauend auf dem „Girls’ Day“ sind jährlich auch mehrtägige Veranstaltungen explizit für Frauen vorgesehen. Pro Jahr sind mehrere Termine für „48h BaonX“ (48 Stunden Bataillon X) in der Dauer von je drei Tagen mit dem Zweck geplant, den Interessentinnen den Alltag von Soldatinnen und Soldaten näherzubringen und eine validere Entscheidung bezüglich einer freiwilligen Meldung für eine Laufbahn als Soldatin zu erreichen. Allerdings konnten auch diese Veranstaltungen aufgrund von COVID-19 und den damit verbundenen Einschränkungen im Jahr 2021 nicht stattfinden.

- Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice (AMS; auch hier gab es Einschränkungen aufgrund COVID-19).

- Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. Dazu dienten insb. die Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie. Durch das Aufkommen der COVID-19-Pandemie konnte 2021 kein Absolventinnentreffen stattfinden. Ein Termin für eine Durchführung eines gemeinsamen Treffens aller Militärhochschulen wurde für das erste Quartal 2022 avisiert. Des Weiteren wurden hinsichtlich einer besseren Verankerung des Absolventinnentreffens im ÖBH folgende Schritte gesetzt:

- Darstellung der Wichtigkeit des Absolventinnentreffens bei den verantwortlichen Dienststellen;
- Implementierung eines Speicherschlüssels im Personalsystem für die Teilnahme am Absolventinnentreffen als Personalentwicklungstool;
- Absprachen mit dem Heerespersonalamt, dem Heerespsychologischen Dienst sowie der Steuerungsgruppe Absolventinnentreffen über die weitere Vorgehensweise im Zuge der Wiederaufnahme des Mentorinnenprogrammes.

Trotz intensiver Einschränkungen aufgrund von COVID-19 konnten im Berichtsjahr zwei Mentorinnenschulungen durchgeführt werden, womit die Zahl der gesamt ausgebildeten Mentorinnen im Ressort auf 61 angewachsen ist. Die Anzahl der Matches zwischen Mentorinnen und Mentees konnte im Vergleich zum Vorjahr um nahezu das Vierfache gesteigert werden. Weiters wurde im vierten Quartal 2021 eine umfangreiche Befragung der Mentorinnen und Mentees durchgeführt, welche noch immer im Laufen ist. Ziel ist es, das Mentorinnenprogramm zu evaluieren, zu verbessern und dessen Wichtigkeit in den Streitkräften zu unterstreichen. Mit ersten Ergebnissen wird Ende des ersten Quartals gerechnet.

1.3. Training/Code of Conduct

Ziel: Teilhabe/Gender Mainstreaming

- Verstärkte Beachtung der Zielsetzungen der WPS-Agenda in der Ausbildung für den Einsatz in internationalen Friedensoperationen

Maßnahmen:

- Vermittlung der Inhalte und Ziele der Resolution 1325 und des NAP bei Ausbildung und Training, insb. als Teil der Grundausbildung für österreichische Teilnehmerinnen und Teilnehmer an internationalen Friedensoperationen unter Berücksichtigung der Trainingsstandards von VN, EU und weiterer relevanter Organisationen;
- Laufende Vermittlung internationaler, europäischer und nationaler Verhaltensstandards, insbes. zu Null-Toleranz betreffend Prostitution und sexuellem Missbrauch von Frauen und Mädchen, zwecks Gewaltprävention;
- Rasche und effiziente Reaktion bei vermuteten Fällen von Zuwiderhandeln gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz Politik betreffend sexuellen Missbrauch und Zwangsprostitution

Indikatoren:

- Zahl und Beschreibung von Ausbildungskursen/Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die WPS-Anteile bzw. Module beinhalten;

- Zahl und Beschreibung der Maßnahmen, um Gender und WPS-Expertise in zivilen, polizeilichen und militärischen Fortbildungsinstitutionen auszubauen und langfristig zu stärken

BMEIA

- Seminare über „Gender-Mainstreaming“ und internationale Frauenfragen sind Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für österreichische Diplomateninnen und Diplomaten.
- Die Leiterin des Referates „Internationale Frauenfragen und andere menschenrechtliche Querschnittsfragen“ informierte Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen von Sitzungen der Plattform „EU, Internationales und Gender“, organisiert seitens der BKA Sektion Frauenangelegenheiten und Gleichstellung, im April und Dezember unter anderem über laufende Entwicklungen im Bereich von Resolution 1325 in internationalen Foren. Weiters nahm sie am regelmäßigen Austausch der von CARE International organisierten „Gruppe der Freunde der Resolution 1325“ teil. Im Rahmen der 65. Tagung der VN-Frauenstatuskommission nahm sie an drei virtuellen Austauschrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft teil, um über den Verhandlungsfortschritt und die österreichische Positionierung zu informieren.

ADA

- Im Rahmen von drei „Welcome Days“ wurden die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich des „Code of Conduct“ geschult.
- Im Herbst 2021 wurde im Rahmen des EU/OEZA Drittmittel-Projektes DELPAZ in Mozambique ein Training zum Thema „Prävention und Beendigung von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und sexueller Belästigung „(sexual exploitation and abuse and sexual harassment (SEAH)) mit den entsandten und lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ADA durchgeführt. Mit Unterstützung einer Gender-Expertin wurden im Rahmen einer Pilot-Studie Empfehlungen für die Entwicklung lokaler, gemeindebasierter Beschwerdemechanismen erarbeitet, die im Rahmen der aktuellen organisationsweiten Bemühungen der ADA der umfassenden Etablierung und Verbesserung von SEAH Standards dienen.

BMI

- Die Inhalte von Resolution 1325 fließen grundsätzlich im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung sowie der unmittelbaren Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten auf eine bestimmte Mission wird wiederholt auf die Inhalte von Resolution 1325 eingegangen.

- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BMI mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Exekutivbedienstete verletzt.

BMLV

- Aufgrund der noch anhaltenden COVID-19-Pandemie entfielen auch im Berichtszeitraum viele Trainingsveranstaltungen. Ein Umstieg auf Online-Formate wurde möglichst angestrebt, konnte jedoch nicht in allen Trainingsbereichen durchgeführt werden.

- Integration von Resolution 1325 in die allgemeine Ausbildung im BMLV/ÖBH: Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele werden in bestehenden Lehrveranstaltungen der Ausbildung für Offizierinnen und Offiziere, Unteroffizierinnen und -offiziere und Zivilbedienstete thematisiert. Eine durch das BMLV bereits 2011 verfügte Anordnung gibt dabei Vorgaben für die Vermittlung der entsprechenden Inhalte, die ihren Niederschlag in den diesbezüglichen Curricula gefunden hat. Beispielhaft sei die Integration der Thematik in das Modul „Persönlichkeitsbildung“ am Führungslehrgang für Berufsoffizierinnen und -offiziere an der Theresianischen Militärakademie oder die Vermittlung in Lehrveranstaltungen im Zuge der Ausbildung von Berufsunteroffizierinnen und -offiziere und Zivilbediensteten an der Heeresunteroffiziersakademie angeführt. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden ebenso in den Lehrveranstaltungen zum Thema „Humanitäres Völkerrecht“ angesprochen. Darüber hinaus werden geschlechtsspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen. Insbesondere im Dienst- und Besoldungsrecht ergeben sich Berührungspunkte - so im Einführungsmodul (Durchführung bis zu fünfmal jährlich), im Modul „Öffentlicher Dienst und Verwaltung“ (Durchführung bis zu zweimal jährlich) und im Basismodul A1 („rechtskundiger Dienst“, Durchführung nach Bedarf), jeweils in unterschiedlicher Gewichtung. Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile von Resolution 1325 gesondert thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender-Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.

- Spezifische Ausbildungsveranstaltungen im BMLV/ÖBH:

- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminar zum Thema „Gleichstellung im Dienstbetrieb und militärischen Einsatz“ zu absolvieren, welches unter anderem die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 zum Thema macht. Dieses Seminar kann von Soldatinnen und Soldaten des Präsenz- und Milizstandes sowie Zivilbediensteten des BMLV besucht werden. 2021 fand das Seminar einmal mit 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

- Derzeit befindet sich auch ein Pool von Trainerinnen und Trainern zum Thema Gleichstellung im kontinuierlichen Aufbau. Ziel ist, eine größere Verbreitung von fachkundigem Personal innerhalb des Ressorts und des ÖBH mit dem Zweck einer vertiefenden Implementierung der Thematik zu ermöglichen.

- Integration von relevanten Inhalten in Ausbildung und Einsatzvorbereitung: Unter Einbindung von internationalen Gender-Expertinnen und -Experten wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspektive in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLV entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 adäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gender-Mainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt. Für beide Module sind Fernlehrprogramme in der Entwicklungsphase.

- Integration von Resolution 1325 in die Einsatzvorbereitung des ÖBH: Im Rahmen der Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der „Core Pre-Deployment Training Materials“ der Vereinten Nationen, wie Verhaltensstandards („Code of Conduct“), der Schutz von Kindern, Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch sowie die Gleichstellung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen zur Anwendung. Im Rahmen der neustrukturierten Einsatzvorbereitung wurde für das Thema Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten mit der Entwicklung eines Fernlehrprogramms begonnen.

- Teilnahme an externen Ausbildungsangeboten:

Der militärpolitische Aspekt von Frauen, Frieden und Sicherheit kommt insbesondere durch die Einsatzfunktionen des „Gender Advisors“ (GENAD) zum Ausdruck. Diese Funktion wird in Operationen der Vereinten Nationen (VN), EU und NATO regelmäßig vorgesehen, um die sogenannte „Gender Lens“ (Geschlechterperspektive) in militärische Risikoanalysen, operative Planungs- und Umsetzungsprozesse und Berichte umfassend

einfließen zu lassen. Unterstützt wird diese Funktion in Operationen durch sogenannte „Gender Focal Points“ (GFP) – dabei handelt es sich um eine Aufgabe, die zusätzlich zur eigenen Funktion im Einsatzraum wahrgenommen wird. International anerkannte Ausbildungsstätten hierfür sind das renommierte „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) und das „European Security and Defence College“ (ESDC) der EU. Zivile und militärische Bedienstete des BMLV bzw. des ÖBH werden regelmäßig an diesen Ausbildungsstätten ausgebildet. Im Berichtszeitraum haben Bedienstete des BMLV bzw. des ÖBH an folgenden externen Ausbildungsveranstaltungen teilgenommen:

- Seit 2009 wurden insgesamt 20 Bedienstete des BMLV, davon sieben Frauen (35 %), im Rahmen des NATO zertifizierten „SWEDINT Gender Advisor (GENAD) Kurs“ ausgebildet. Im Jahr 2021 nahmen zwei Bedienstete des BMLV erfolgreich am „SWEDINT GENAD Kurs“ teil.
 - Eine weitere BMLV Bedienstete wurde am SWEDINT als „Gender Focal Point“ ausgebildet.
 - Eine Teilnahme an weiteren Gender-Kursen im Ausland konnte im Berichtszeitraum am „Gender Training of Trainers Course“ des „Center of Security Cooperation“ (Racviac, Kroatien) und am „Utility of Gender in Peace Support Operations Course“ des „Peace Support Operations Training Centre“ (Psotc/Bosnien-Herzegovina) mit je einer Person sichergestellt werden. Eine Teilnahme an weiteren NATO Gender-Kursen am SWEDINT wie dem „SWEDINT Gender Training of Trainers Course“ (GTot) und dem hochrangigen „Key Leader Seminar on Gender Perspectives in Military Operations“ war im Berichtsraum auf Grund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie nicht möglich.
 - Die regelmäßige Teilnahme an dem ESDC Gender Kurs „A Comprehensive Approach to Gender in EU Missions and Operations“ welcher u.a. eine Voraussetzung für eine Tätigkeit als GENAD in EU-Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) darstellt, konnte im Berichtsjahr aufgrund von COVID-19 nicht erfolgen.
 - Die weitere Ausbildung von militärischen und zivilen Bediensteten des BMLV zu GENAD sowie zu Trainerinnen und Trainern im Bereich Gender wird fortgesetzt.
- Internationale Ausbildungsangebote des BMLV/ÖBH mit Bezug zu Frauen, Frieden und Sicherheit:
 - Im Jahr 2012 wurde vom BMLV in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA ein interdisziplinäres Ausbildungsprogramm entwickelt, das von VN und EU zertifiziert wurde. Dieses richtet sich an Führungskräfte in Friedensoperationen zum

Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf operativer Ebene („Course on the Protection of Civilians in Armed Conflict“). Es wird in Kooperation mit dem Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining veranstaltet und findet zwei Mal jährlich statt. Der Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten und Frauen, Frieden und Sicherheit sind Querschnittsmaterien, die eng verflochten sind und in Friedensoperationen gemeinsam behandelt werden müssen. Ein Ausbildungsteil des veranstalteten Kurses widmet sich somit explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zu Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen. Im Berichtszeitraum wurde der Kurs zwei Mal, im Februar und November, durchgeführt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde der Herbstkurs im November 2020 erstmals im Online-Format angeboten und aufgrund der anhaltenden Pandemie im Berichtsjahr online fortgesetzt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 420 nationale und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 123 Frauen (29 %), ausgebildet.

- Der im Jahr 2017 erstmalig durchgeführte Lehrgang zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf taktischer Ebene („Protection of Civilians on Tactical Level Course“) konnte aufgrund der COVID-19-Pandemie im Berichtszeitraum nicht durchgeführt werden.

- Das BMLV veranstaltet in Kooperation mit dem ÖSFK außerdem zwei Mal jährlich den „ESDC Core Course on Security Sector Reform (SSR)“ in Stadtschlaining. Ein Ausbildungsteil dieses angebotenen Kurses widmet sich dabei explizit den Geschlechteraspekten bei der Reformierung des Sicherheitssektors und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen. Im Berichtsjahr wurde der Kurs aufgrund der anhaltenden Pandemie erstmalig online durchgeführt.

• Code of Conduct / Verhaltensstandards im ÖBH: Das ÖBH verfolgt eine Null-Toleranz Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen. Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des ÖBH vor.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie im Rahmen von bilateralen Kontakten

Ziel:

- Österreich engagiert sich in allen bilateralen und multilateralen Kontakten für die verstärkte Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen und Konfliktprävention, für die Berücksichtigung einer Gender-Perspektive in allen friedensschaffenden Aktivitäten internationaler und regionaler Organisationen sowie für die vermehrte Rekrutierung von Frauen in Entscheidungspositionen in diesen Organisationen und als internationale Vermittlerinnen

Maßnahmen:

- Politisches Engagement Österreichs auf internationaler und regionaler Ebene

Indikatoren:

- Zahl und Beschreibung von Veranstaltungen Österreichs im Kontext von multilateralen Organisationen zum Thema;
- Beschreibung von institutionalisierten sowie Ad-hoc-Konsultationen unter österreichischer Leitung und/oder mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich Frauenorganisationen und Frauenaktivistinnen und -aktivisten;
- Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zur Formulierung, Umsetzung und Evaluierung von WPS-bezogenen NAPs, Dokumenten oder Politiken in Drittländern beitragen, die von der EU oder mit EU-Unterstützung erstellt wurden.

2.1 Vereinte Nationen

Maßnahmen:

- Lobbying in allen relevanten VN-Gremien und VN-Organisationen für die Umsetzung von Resolution 1325 und die Berücksichtigung und Förderung von Frauenanliegen; aktive Mitwirkung an den Arbeiten der VN-Frauenstatuskommission (Commission on the Status of Women, CSW);
- Regelmäßige Berichterstattung Österreichs gegenüber dem VN-SR über seine Bemühungen zur Umsetzung von Resolution 1325;
- Unterstützung der Arbeit von UN WOMEN;
- Lobbying im VN-MRR zur Umsetzung von Resolution 1325;
- Beteiligung an „like-minded“- Gruppen zur Stärkung von Frauenrechten

Indikatoren (u.a.):

- Einsatz Österreichs für Berücksichtigung von Frauenanliegen in länderspezifischen und thematischen Resolutionen, u. a. des VN-SR (inkl. Mandate von Friedensoperationen), der VN-Generalversammlung, der CSW und des VN-MRR;
- Beteiligung Österreichs an offenen Debatten des VN-SR zu WPS sowie „sexueller Gewalt in Konflikten“;
- Aktive Beteiligung als Beobachter bzw. Mitglied an der Arbeit des Verwaltungsrats von UN WOMEN; Unterstützung von Projekten von UN WOMEN bzw. Entsendung von AT JPOs;
- Gesetzte Aktivitäten und Maßnahmen, um die Inhalte und Ziele der Resolution 1325 in der Arbeit des MRR zu stärken

BMEIA

- Zur Unterstützung der Arbeit der VN-Entität für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen (UN WOMEN) in New York wurde die seit Oktober 2019 tätige österreichische Junior Professional Officer (JPO) im Büro der stellvertretenden UN WOMEN Direktorin für den Berichtszeitraum verlängert.
- Zur Unterstützung der Arbeit des VN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) in Kairo wurde die seit Oktober 2019 tätige österreichische JPO im Regionalbüro für die Arabischen Staaten als Programmanalystin im Bereich der geschlechtsbasierten Gewalt und schädliche Praktiken für den Berichtszeitraum verlängert.
- Aus der Budgetlinie zur Unterstützung der VN-Entität für Geschlechtergleichstellung, UN WOMEN, wurden im Berichtsjahr folgende Beiträge geleistet: 250.000 EUR Kernbeitrag an UN WOMEN, 50.000 EUR zur Unterstützung des VN-Trustfund zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen, 40.000 EUR Soforthilfe für Frauen und Mädchen nach dem Erdbeben in Haiti, 10.000 EUR zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Kolumbien.
- Nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan im August wurden die Auswirkungen der bereits Jahrzehnte andauernden Konflikte im Land weiter verstärkt. Dadurch waren über 18 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Bundesregierung verabschiedete daher am 8. September ein Soforthilfepaket in Höhe von 20 Mio. EUR, um effektiv vor Ort in der Krisenregion zu helfen. Davon wurden 5 Mio. EUR explizit für die Unterstützung von Frauen und Mädchen bereitgestellt: Unter dem Titel „Supporting Afghan Women and Girls: Nexus Programming in Afghanistan“ werden u.a. folgende Ziele verfolgt: 1. Die Stärkung der Geschlechterperspektive – die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in der humanitären Hilfe, 2. Die Einrichtung einer „Afghan Women Advisory Group“ zur Einbindung afghanischer Frauen in Koordinationsprozesse und strategische Diskussionen 3. Der Betrieb von Mehrzweckzentren für Frauen, die die unmittelbarsten Bedürfnisse wie medizinische Versorgung und Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt – abdecken sollen. 4. Wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen. Über die Umsetzung des Projekts erfolgen regelmäßige Briefings und Austauschrunden für Geber durch UN WOMEN.

BMEIA/ÖV New York

- Die 65. VN-Frauenstatuskommission (65. CSW) fand von 15. bis 26. März statt – aufgrund der anhaltenden COVID-19 Pandemie in nahezu vollständig virtuellem Format. Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Susanne Raab angeführt. Österreich brachte sich als „incoming“ Mitglied der CSW aktiv in die Verhandlung der EU

Position sowie der verhandelten Schlussfolgerungen zum Thema „Partizipation von Frauen und Mädchen am öffentlichen Leben und Beendigung der geschlechtsspezifischen Gewalt“ ein. Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten gestalteten sich zu diesem Thema schwierig, was u.a. dem virtuellen Format geschuldet war, und endeten mit einem Minimalkompromiss. Unter dem Motto „bringing CSW home“ organisierte das BMEIA vor und während der Tagung drei virtuelle Austauschrunden mit Vertreterinnen und Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie inhaltlich beteiligten Ressorts, um eine bestmögliche Abstimmung der österreichischen Position zu gewährleisten und über Verhandlungsfortschritte zu berichten. Die Ständige Vertretung unterstützte bei der Organisation von drei virtuellen Side events zur Ermächtigung von Frauen und Mädchen.

- Bundesministerin Susanne Raab lud als österreichische Delegationsleiterin zur 65. CSW gemeinsam mit der Exekutivdirektorin Ghada Waly zu einem Panel zur Bekämpfung von Zwangsehen.

- Die OEZA organisierte mit Partnerstaaten und der NGO „Global Network for Women Peacebuilders“ (GNWP) eine Veranstaltung zum Thema „Friedensbildende Maßnahmen in Zeiten der COVID-19 Pandemie in Osteuropa, Südkaukasus, Zentralasien und Afrika“. Dabei betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Bedeutung, Expertise vor Ort in die Umsetzung von Resolution 1325 einzubeziehen. Weiters wurde die Wichtigkeit einer geschlechtergerechten Politik, die Überwindung des digitalen Gaps im Gender-Bereich sowie konflikt sensible Antworten auf COVID-19 gefordert. Eine zweite österreichische Veranstaltung gemeinsam mit der NGO „Article 19“ und weiteren Partnerinnen und Partnern widmete sich dem Schutz von Journalistinnen vor Gewalt und Belästigung im Netz. Im Rahmen der Veranstaltung betonten die Panellistinnen und Panellisten, dass sich Geschlechtergleichstellung und Meinungsfreiheit gegenseitig verstärkten.

- Am Rande der offenen Debatte im VN-SR fand am 3. November ein von der OEZA, der Ständigen Vertretung Österreichs und Norwegens bei den VN in NY organisiertes virtuelles Event „Amplifying Women’s Stories; Launch of the Global Media Award for the Implementation of the Women, Peace, and Security Agenda“ statt. Das Event diente der Lancierung des „Global #MediaFor1325 Award“, welcher Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende fördern soll, die mit ihrer Arbeit zur Umsetzung der WPS-Agenda beitragen.

- Am 14. April fand die jährliche offene Debatte des VN-SR zu sexueller Gewalt in Konflikten unter dem Vorsitz Vietnams virtuell statt. Im Zentrum der Debatte stand die Sicherstellung von Hilfe und Leistungen für Opfer von sexueller Gewalt. Die VN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, Pramilla Patten, appellierte an die Staatengemeinschaft, den opferzentrierten Ansatz stärker in den Fokus der nationalen Maßnahmen zu rücken und somit zur Umsetzung von Resolution 2467 (2019) beizutragen. Die Stärkung der Rechenschaftspflicht auf lokaler Ebene müsse weiter vorangetrieben

werden. Im Fall von anhaltender sexueller Gewalt in Konflikten sollte der VN-SR systematisch Individualsanktionen einsetzen. Österreich beteiligte sich an den Stellungnahmen der Freundesgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

- Österreich nahm auch an der virtuellen offenen Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten am 25. Mai teil und beteiligte sich an dieser neben einer nationalen Stellungnahme auch im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe zum Schutz von Zivilpersonen. Dabei wurden jeweils insbesondere die dramatischen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen betont.

- Auch im humanitären Bereich setzte sich Österreich im Rahmen der EU für die Aufrechterhaltung der Sprache zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten ein, wie u.a. bei der Resolution zur Sicherheit von humanitärem Personal und zum Schutz des VN-Personals. Im Rahmen verschiedener Plattformen wie insbesondere der Humanitarian Liason Working Group, hob Österreich regelmäßig die besondere Bedeutung der Stärkung von Frauenrechten sowie die Unterstützung von Frauen und Mädchen hervor.

- Österreich nahm an der jährlichen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 21. Oktober unter kenianischem Vorsitz teil. Erstmals seit Beginn der Pandemie kam es zu einer physischen Teilnahme von Nicht-Mitgliedern des VN-SR an einer SR-Sitzung. Österreich beteiligte sich mit einer nationalen Stellungnahme sowie im Rahmen der Stellungnahme der EU und der WPS-Freundesgruppe. Schwerpunkt der österreichischen Stellungnahme waren die Unterstützung für Frauen und Mädchen in Afghanistan, das langjährige Engagement der OEZA zur Förderung von Frauenorganisationen in Konfliktgebieten mittels der Beiträge an den WPHF sowie das österreichische Bekenntnis zur WPS-Agenda. Unter Berücksichtigung des diesbezüglichen Umsetzungsbemühens des BMLV in friedenserhaltenden Operationen wurde der gesamtgesellschaftliche und umfassende Ansatz sowie die konsistente Implementierung der WPS-Agenda und des humanitären Völkerrechts auf strategischer, operativer und taktischer Ebene von Friedensoperationen besonders betont. Dadurch können die Schutzbedürfnisse von Frauen und Mädchen aber auch Männern und Buben im bewaffneten Konflikt bestmöglich berücksichtigt werden, was wiederum die Effektivität von Friedensoperationen verbessert. Die offene Debatte war gekennzeichnet durch eine breite Unterstützung für die Bedeutung der WPS-Agenda. Die neue UN WOMEN Exekutivdirektorin, Sima Bahous, stellte den Bericht des VN-GS vor. Aus ihrer Sicht fließen zu wenige finanzielle Mittel in die Förderung von lokalen Frauenorganisationen; die Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen und politischen Prozessen werde mit zu geringem Nachdruck verfolgt.

- Im Rahmen des 2. Komitees der 76. VN-GV, das erstmals in der Geschichte der VN von einem „all-female“ Bureau unterstützt wurde, setzte sich Österreich im Rahmen der EU für die Stärkung von Frauenrechten und Gleichstellung ein, darunter etwa in der

Anerkennung der Barrieren im Zugang zu Bildung für Mädchen oder der Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen in Ländern mittleren Einkommens.

- Im Rahmen des 3. Komitees der 76. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte im Rahmen der Verhandlungen mehrerer Resolutionen ein. Im Fokus stand dabei einerseits die nationale Resolutionsinitiative zu Rechten von Personen, die Minderheitengruppen angehören – die Verweise auf die Problematik der intersektionellen Diskriminierung von Frauen, die Minderheiten angehören, konnten gestärkt werden. Andererseits konnte auch im Rahmen der zweiten nationalen Resolutionsinitiative zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten und Strafflosigkeit ein verstärkter Fokus auf die Geschlechterperspektive und Risiken wie Herausforderungen für Journalistinnen und Journalisten, inklusive sexueller und geschlechtsbasierter Gewalt gelegt werden.

- Im Rahmen des 5. Komitees der 76. VN-GV unterstützte Österreich im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzierung politischer Sondermissionen und friedenserhaltender Operationen die Schaffung bzw. Beibehaltung von häufig umstrittenen Posten im Gender-Bereich. Weiters setzte sich Österreich für die Stärkung der Gender-Perspektive im Policy-Bereich mehrerer Budget- und Humanressourcen-Resolutionen ein.

- Im Rahmen des 6. Komitees der 76. VN-GV setzte sich Österreich insbesondere im Zuge der Resolutionsverhandlungen über die strafrechtliche Verantwortlichkeit von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN für die Rechte von Frauen ein.

- Weiters erfolgte eine regelmäßige Beteiligung an Initiativen und Koordinierungstreffen der EU-Delegation Menschenrechtsgruppen vor Ort sowie der Aufbau von Kontakten zu Gender Focal Points der EU-Delegation bzw. innerhalb der GSVP-Missionen und Operationen sowie zu UN WOMEN

- Neben den anlassbezogenen EU-Koordinierungssitzungen zu Verhandlungsprozessen mit Fokus auf die Ermächtigung von Frauen bzw. WPS nahm die Ständige Vertretung an den Treffen der Freundesgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit auf Ebene von Expertinnen und Experten sowie der Freundesgruppe zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf Ebene von Botschafterinnen und Botschaftern teil. Am Rande der 65. CSW nahm Österreich auf ministerieller Ebene, vertreten durch FBM Raab an der Sitzung der Freundesgruppe zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen teil.

- Der Ständige Vertreter ist aktives Mitglied des „International Gender Champions“ Netzwerkes am VN-Standort New York. Das Netzwerk, dem Botschafterinnen und Botschafter sowie höhere Beamtinnen und Beamte des VN-Systems angehören, setzt sich u.a. zum Ziel, Geschlechterparität in allen Diskussionsrunden zu verfolgen; Mitglieder des Netzwerkes werden aufgerufen auf keinen „all-male“ Panels zu sitzen. Weiters erfolgt die

Teilnahme der ÖV NY an Netzwerken, die die Selbstermächtigung von Frauen zum Ziel haben („Gender Champions, „Women Ambassadors, Business Women etc.). Auch wird die Arbeit junger Frauen speziell gefördert und Kontakte mit „youth activists“ gepflegt.

- Im Rahmen des 3. Komitees sowie auch der 59. VN-Kommission für soziale Entwicklung (CSocD) arbeitete die Ständige Vertretung eng mit der österreichischen VN-Delegierten der Bundesjugendvertretung zusammen. Am Rande der 59. CSocD sowie der 65. Frauenstatuskommission führte die Ständige Vertretung einen Austausch mit Studentinnen der kanadischen McGill Universität zu der Bedeutung der beiden VN-Ausschüsse und der Empfehlungen der Studierenden.

- Die Ständige Vertretung berichtet regelmäßig auf ihrem Twitter-Account über gesetzte Initiativen und Teilnahmen an Stellungnahmen mit Schwerpunkt Frauenrechte bzw. Ermächtigung von Frauen und Mädchen (u.a. zu 16 Tage Aktivismus gegen Gewalt gegen Frauen, Schutz von Journalistinnen, Teilnahme an der Freundesgruppe zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Side-Events mit Partnern zu WPS, etc.).

ÖV Genf

- Österreich stellte mit Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger im Zeitraum 2019 – 2021 die erst zweite Frau als Präsidentin des VN-MRR. Botschafterin Tichy-Fisslberger setzte sich im Rahmen ihrer Präsidentschaft auch für die verstärkte Teilhabe von Frauen an der Arbeit des MRR ein.

- Als Mitglied des VN-MRR für den Zeitraum 2019 - 2021 setzte sich Österreich konsequent für die Aufnahme von Sprache zu Resolution 1325 bzw. für das „Mainstreaming“ von Gender-Aspekten und der Beibehaltung des „Acquis“ sowie starker Sprache zu frauenspezifischen Themen in den Verhandlungen des VN-MRR ein.

- Im Berichtszeitraum hat sich Österreich im VN-MRR insbesondere aktiv an den Verhandlungen zu diversen Frauenrechts-Resolutionen beteiligt und die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen unterstützt, so etwa in den Resolutionen zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen, der Resolution zu Kinderheirat und der Resolution zu Bildung von Mädchen. Außerdem gibt Österreich regelmäßig nationale Statements zu Frauenrechten im VN-MRR ab und schließt sich gemeinsamen Erklärungen zu diesen Themen an - so z.B. einer Gemeinsamen Erklärung zu Frauen, Frieden und Diplomatie während der 48. Tagung des VN-MRR). Außerdem tritt die ÖV Genf im VN-MRR für die Integration der Ziele von Resolution 1325 in länderspezifischen Resolutionen, insbesondere zu Syrien, Jemen, Libyen, ein.

- Im Rahmen der universellen Staatenprüfung des VN-MRR (Universal Periodic Review, UPR) spricht Österreich regelmäßig an andere Staaten Empfehlungen zu Frauenrechten, der Situation von Frauen und deren Teilhabe aus.
- Die österreichische Ständige Vertreterin ist in ihrer persönlichen Eigenschaft Teil der „International Gender Champions“. Die ÖV Genf nimmt daher sowohl auf Ebene von Botschaftern und Botschafterinnen als auch auf Ebene von Expertinnen und Experten regelmäßig an den Aktivitäten und Treffen der „International Gender Champions“ teil.
- Seit Sommer ist Österreich Teil der Freundesgruppe zur Eliminierung von sexueller Belästigung in Genf. Die ÖV Genf bringt sich daher regelmäßig in die Arbeit der Freundesgruppe ein. In diesem Zusammenhang unterstützte die ÖV Genf die Ausarbeitung von Gemeinsamen Erklärungen der Freundesgruppe in verschiedenen Foren.
- Die ÖV Genf achtet auch auf geschlechterparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen, die von der ÖV Genf organisiert werden.
- Die ÖV Genf setzt sich weiters für die verstärkte Rekrutierung von Frauen bei IOs in Genf ein.
- Im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich die ÖV Genf für eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe von sexueller Ausbeutung durch WHO-Mitarbeiter in WHO-Feldmissionen eingesetzt und sich an mehreren dementsprechenden EU- wie auch überregionalen gemeinsamen Erklärungen angeschlossen.

ÖV Wien

- Am Rande der 30. Tagung der Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ) lud die Bundesministerin für Justiz, Alma Zadić im Mai zu einer Spezialveranstaltung zum Thema Gewalt gegen Frauen ein, welches die Ständige Vertretung mitorganisierte. Eröffnet wurde das Event durch FBM Zadić, der UNODC-Exekutivdirektorin Waly sowie dem ägyptischen Justizminister Omar Marwan. Unterstrichen wurde, dass es bei Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen weltweit mehr Aufmerksamkeit und Zusammenarbeit bedarf, um Gewaltspiralen frühzeitig zu unterbrechen.
- Die Ständige Vertreterin Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen in Wien ist in persönlicher Eigenschaft Mitglied der „International Gender Champions“-Initiative (IGC). Im Rahmen der Initiative wird die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Anwendung einer geschlechtergerechten Perspektive in allen Arbeitsbereichen unterstützt. Auch in ihrer Eigenschaft als „Gender Champion“ vertritt die Ständige Vertreterin diese Anliegen regelmäßig in Wortmeldungen in allen relevanten Foren und setzt sich, wo möglich und erstrebenswert, für eine paritätische Besetzung von Diskussionspanels ein.

In einem IGC Meeting Anfang Dezember richtete auch Bundespräsident van der Bellen in einem aufgezeichneten Video-Statement Worte an seine virtuelle Zuhörerschaft.

- Ebenso aktiv beteiligt ist Österreich an Veranstaltungen und Initiativen der „Group of Friends for Women in Nuclear“, einer Gruppe gleichgesinnter Staaten, die sich für eine Erhöhung des Frauenanteils in verantwortlichen Positionen im Nuklearbereich einsetzt. Dies betrifft sowohl die Repräsentation von Frauen innerhalb der Belegschaft der Atomenergiebehörde bzw. in den Ständigen Vertretungen, als auch allgemein den Zugang von Frauen zu technischen und wissenschaftlichen Berufen im nuklearen Sektor. Österreich unterstützt regelmäßig entsprechende Wortmeldungen der Gruppe, die viermal jährlich anlässlich der Tagungen des IAEA-Verwaltungsrats ihre Anliegen vorbringt.
- Die Ständige Vertreterin unterstreicht in Wortmeldungen in verschiedenen „Wiener Gremien“ – v.a. im United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)-Kontext – die Notwendigkeit von Geschlechtergleichstellung in den Sekretariaten der jeweiligen Organisationen, insbesondere im höheren Management.

BMLV

Erhöhung des Frauenanteils bei VN-geführten Missionen

Regelmäßig wird auf Initiative von UN WOMEN der „United Nations Female Military Officers Course“ (FMOC) an unterschiedlichen Kursstandorten organisiert. Der Kurs hat die Ausbildung von Offizierinnen in für Einsätze in friedenserhaltenden Missionen geforderten speziellen Fähigkeiten zum Inhalt. Die Teilnehmerinnen trainieren Kommunikationstechniken, werden in zivil-militärischer Koordination ausgebildet und über die Konsequenzen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen bei friedenserhaltenden Missionen unterrichtet. Dabei wird auch auf sexuelle Gewalt und operative Beratung zu Frauen, Frieden und Sicherheit eingegangen. Es werden Frühwarnsignale von „conflict-related sexual violence“ erarbeitet und Informationsbeschaffung und -gewinnung trainiert, um Risiken, Bedrohungen und potentielle Verwundbarkeiten zu identifizieren. Das ÖBH entsendet hier regelmäßig Teilnehmerinnen.

- Im Zuge der „Uniformed Gender Parity Strategy“ der VN soll der Frauenanteil in VN-Friedensoperationen kontinuierlich angehoben werden und damit der Frauenanteil in Auslandseinsätzen gefördert werden. Dazu wurden von den VN verpflichtende Quotensätze für nationale Kontingente und für Schlüsselpositionen (Stab- und Militärbeobachter) in den VN-Friedensoperationen eingeführt. Das ÖBH hat hier durch gezielte Ausbildungen von Soldatinnen zu Militärbeobachterinnen reagiert.

- Nachdem 2020 erstmals österreichische Soldatinnen als Militärbeobachterinnen in den Auslandseinsatz zu VN-Friedensoperationen entsendet wurden, konnten diese Bemühungen des ÖBH zur Steigerung des Frauenanteils im Auslandseinsatz im Berichtsjahr fortgesetzt werden: Eine Soldatin als Militärbeobachterin bei der „United Nations Truce Supervision Organization“ (UNTSO) und zwei Soldatinnen als Militärbeobachterinnen bei der „United Nation Mission for the Referendum in Western Sahara“ (MINURSO).
- Zusätzlich wurde mit Fokus auf die Erfüllung der Zielvorgaben der „UN Gender Parity Strategy“ eine gesamtheitliche Evaluierung und Erfassung von Maßnahmen und Möglichkeiten zur Steigerung des Frauenanteils im ÖBH allgemein sowie im Auslandseinsatz speziell initiiert. Dieser Prozess dauert an und wird sich bis in das Jahr 2022 fortsetzen.
- Ein im Berichtsjahr neu eingerichtetes Referat für „Frauenförderung“ auf Ebene der Ressortleitung soll zukünftig als Steuerungs- und Koordinierungselement aller mit der Thematik „Frauen im BMLV“ befassten Stellen und zur Steigerung von Effizienz und Effektivität umgesetzter Maßnahmen dienen.

BMEIA/OEZA

Generation Equality Forum

Das Generation Equality Forum wurde von Frankreich und Mexiko, gemeinsam mit UN WOMEN, organisiert und fand vom 29. – 31. März in Mexiko und vom 30. Juni bis 2. Juli in Paris statt. 25 Jahre nach der bahnbrechenden Pekingener Weltfrauenkonferenz 1995 soll das Forum eine neue Dynamik für die Implementierung der Agenda zur Geschlechtergleichstellung, auch vor dem Hintergrund negativer Auswirkungen auf die weltweite Situation von Frauen durch die COVID-Pandemie, bringen und konkrete und messbare Fortschritte erzielen.

- Zu diesem Zweck kamen, COVID-19 bedingt, größtenteils virtuell, 50.000 Vertreterinnen und Vertreter aus dem öffentlichen, privaten und IO-Bereich sowie der Zivilgesellschaft zusammen, um „best practices“ und künftige Handlungsfelder zu identifizieren und mit konkreten Verpflichtungserklärungen zu untermauern.
- Österreich war an der hochrangigen Eröffnungszeremonie durch Bundeskanzler Sebastian Kurz vertreten, der im Vorfeld des Forums betonte, dass der Grundwert der Geschlechtergleichstellung nicht verhandelbar sei. Er kündigte weiters an, dass Österreich die Bildung von Frauen und Mädchen in Syrien und dem Libanon mit 2 Millionen Euro unterstützen werde.

- Darüber hinaus unterzeichnete Österreich den „Compact on Women, Peace and Security and Humanitarian Action“ und meldete Pledges der OEZA in Höhe von 11,4 Mio Euro an, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden.



Die OEZA pledgt eine Unterstützung für den Women's Peace and Humanitarian Fund i.d.H.v. 5 Mio Euro im Zeitraum 2021-2025.



Die OEZA/ADA unterstützt die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD Development Assistance Committee, DAC Programme of Work and Budget) für den Zeitraum 2021/2022 mit einem Beitrag von 300.000 EUR.



Die OEZA/ADA unterstützt in West- und Norduganda durch eine strategische Partnerschaft mit CARE-Österreich zum Thema „Resilienz von Frauen und Jugendlichen stärken“ Frauen, Mädchen und Jugendliche bei der Erreichung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit mit einem Betrag von 3.200.000 EUR für den Zeitraum 1. April 2019 bis 31. März 2024.



In Gaza unterstützt die OEZA mit 1.737.000 EUR die Zusammenarbeit von CARE Österreich mit lokalen Frauenrechtsorganisationen zur Stärkung der sozioökonomischen Resilienz und der Selbstermächtigung von vulnerablen Gemeinden mit einem Fokus auf Frauen und Jugendliche im Zeitraum November 2020 – Oktober 2023. Ziel ist deren Zugang zum Arbeitsmarkt als qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder beim Aufbau nachhaltiger Kleinunternehmen in traditionellen und nicht traditionellen Sektoren.



Die OEZA unterstützt das Global Network of Women Peacebuilders mit einem Beitrag von EUR 1.000 000 für den Zeitraum 1.10.2019 bis 30.9.2022 für die Arbeit zur Umsetzung lokaler und nationaler WPS-Aktionspläne mit lokalen Frauenorganisationen in Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldau, Ukraine, Kenia, Südsudan und Uganda.

- Inhaltlich beteiligte sich die OEZA mit einem Side Event zum Thema “Understanding the ‘triple nexus’ through a gender lens - What do women-led responses to COVID-19 teach us about the practice of linking peace and humanitarian work?” am GEF. Dieses wurde gemeinsam mit dem „OECD-DAC Gendernet“, dem „Global Network of Women Peacebuilders“ (GNWP) und CARE Österreich durchgeführt und thematisierte die positiven Auswirkungen einer geschlechtersensiblen Umsetzung des Nexus Humanitäre Hilfe – Entwicklung – Frieden („Triple Nexus“) auf die Covid-19 Response, von der gerade Frauen in entwicklungsschwächeren Regionen der Welt besonders stark betroffen sind.

Hauptsächliches Resultat des Forums ist der 88-seitige „Global Acceleration Plan“, womit unter der Ägide von UN Women in den kommenden fünf Jahren weltweit einschlägige Maßnahmen gesetzt werden sollen. Der Acceleration Plan fußt dabei insbesondere auf 6 thematischen Aktionskoalitionen, die mittels eines multistakeholder-Ansatzes die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Bereichen wie Gewalt gegen Frauen, Technologie oder die Ökonomische Rechte bekämpfen sollen.

Zur Unterstützung der Zielsetzung der Geschlechtergleichstellung durch sechs Aktionskoalitionen und dem „Compact on Women, Peace and Security and Humanitarian Action“ erbrachte das Forum \$40 Mrd. an „confirmed investments“. Davon stammen 21 Mrd. aus dem öffentlichen Bereich, 13 Mrd. aus dem privaten Sektor und 4,5 Mrd. von Philanthropinnen und Philanthropen. Das UN-System und andere Int. Organisationen steuerte 1,3 Mrd. bei.

OEZA/ADA

Aktuell unterstützt die OEZA mit ADA-Mitteln UN WOMEN für die Umsetzung zweckgewidmete Programme in der Region West und Ostafrika sowie dem Südkaukasus mit einem Projektvolumen von über 8.000.000 EUR.

- Championing Women’s Participation in Peace Processes - High Level Official Launch of the new WPHF Rapid Response Window

Am 14. Jänner fand virtuell die offizielle Präsentation des „Rapid Response Windows“ (RRW), eines neuen Finanzierungsmechanismus des Women’s Peace and Humanitarian Fund (WPHF), statt. Als Co-Sponsoren beteiligten sich die derzeitigen Geber des RRW – Belgien, Kanada, Deutschland, Norwegen, Schweden und Österreich. Die OEZA unterstützte die Entwicklung des RRW mit einem zweckgebundenen Beitrag in Höhe von 500.000 EUR. Ziel der Veranstaltung war es, den RRW zur Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen und der Umsetzung von Friedensabkommen breitenwirksam vorzustellen. Das RRW soll ermöglichen, dringende Finanzierungslücken – meist technischer oder logistischer Natur – schnell und unkompliziert zu schließen und wurde auf Empfehlung des Jahresberichts des VN-GS vom Oktober 2019 zu WPS eingerichtet.

- Advocating for peace during a pandemic: The impact of COVID-19 on WPS implementation in Eastern Europe, South Caucasus, Central Asia and Africa. GNWP, OEZA

Am 16. März beteiligte sich die OEZA an einer virtuellen Veranstaltung mit Friedensaktivistinnen aus Osteuropa, dem Südkaukasus und Afrika im Rahmen der Frauenstatuskonferenz in NY. Die Podiumsdiskussion zielte darauf ab, Verfahren und Lehren aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie durch eine geschlechtsspezifische und friedensfördernde Linse zu erörtern. Aus regionalen Konsultationen des Global Network of Women Peacebuilders

gingen konkrete Empfehlungen für geschlechtsspezifische und konfliktorientierte Maßnahmen hervor, die eine nachhaltige Erholung von COVID-19 befördern sollen.

- Amplifying Women's Stories; Launch of the Global Media Award for the Implementation of the Women, Peace and Security Agenda

Am 3. November wurde im Rahmen eines virtuellen Events am Rande der Debatte des VN-SR der „Global #MediaFor1325“ Award lanciert, der Journalistinnen und Journalisten bzw. Medienschaffende fördern soll, die mit ihrer Arbeit zur Umsetzung der WPS-Agenda beitragen. Der „Global #MediaFor1325 Award“ ist zudem eine Komponente des OEZA/ GNWP Projekts „Local communities build and sustain peace: Strengthening women and youth participation in building sustainable peace in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Kenya, Moldova, South Sudan, Uganda & Ukraine“.

2.2. Europäische Union

Maßnahmen:

- Lobbying in EU-Gremien zwecks Umsetzung von Resolution 1325;
- Unterstützung der Umsetzung des EU Strategic Approach zu 1325 sowie des EU Aktionsplans zu WPS 2019-2024;
- Aktive Mitarbeit innerhalb der EU (High) Level Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325, der RAG Menschenrechte (COHOM), Ziviles Krisenmanagement (CivCom) sowie Politisch-Militärischen Gruppe (PMG)

Indikatoren:

- Berücksichtigung von Gender-Aspekten bei Vorausmissionen und bei Ausarbeitung von Operationskonzepten und Operationsplänen für GSVP-Missionen;

- Berücksichtigung gender-relevanter Aspekte in laufenden und in Abschlussberichten von GSVP-Missionen; Erhebung von Resolution 1325-relevanten Statistiken;
- Berücksichtigung gender-relevanter Aspekte in GSVP-Ausbildungsprogrammen; Erhöhung des Anteils von Frauen in GSVP-Missionen; Nominierung von Gender-Beauftragten/ Beraterinnen und Berater in GSVP-Missionen und im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD),
- Unterstützung des Mandats der EAD Advisor for Gender and Diversity;
- Einhaltung klarer Verfahren (Berichterstattung und Sanktionen) bei Missachtung von Gender-Verhaltensregeln (z.B. bei sexueller Belästigung);
- Einhaltung der Verhaltensstandards für Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter im Hinblick auf Resolution 1325;
- Einsatz von Gender- Expertise in den Teams der Wahlbeobachtungsmissionen

BMEIA/BMLV

- Auf EU-Ebene nahm Österreich an der EU-Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325 sowohl auf technischer als auch strategischer Ebene aktiv teil. Im Rahmen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) brachte sich Österreich kontinuierlich in verschiedensten Bereichen das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit proaktiv ein, insbes. im Rahmen der PSK-Debatte im September und im Rahmen der Verhandlungen für den Strategischen Kompass, einem umfassenden neuen Grundlagendokument im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU.

- Im Rahmen der GSVP setzte sich Österreich dafür ein, dass dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in allen GSVP-Missionen und -Operationen verstärkte Bedeutung eingeräumt wird. Dazu zählt u.a. die Erhöhung des Frauenanteils in GSVP-Missionen und -Operationen, insbes. in Führungspositionen, die Integration einer Geschlechterperspektive in Einsatzplänen, Berichten und anderen Missions- und Operationsdokumenten sowie die Berücksichtigung des Themas in Ausbildungsplänen von GSVP-Missionen und -Operationen mit Mandat zur Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung.

- Ebenso unterstützt Österreich nachdrücklich die Integration einer Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten insbes. der zivilen GSVP-Missionen – in Entsprechung des Civilian CSDP Compact, der unter dem österreichischen Ratsvorsitz 2018 verabschiedet wurde und der jährlichen Ratsschlussfolgerungen, die als strategische Leitlinie dienen.
- Mit der Übernahme der Missionsführung der EU-Trainingsmission in MALI (EUTM MALI) durch Österreich Ende 2021 wurde auch die Beratungsfunktion für Gender und Menschenrechte (Human Rights & Gender Advisor) durch das BMLV übernommen.

2.3. OSZE

Maßnahmen:

- Lobbying im Rahmen aller drei Dimensionen der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 unter anderem durch OSZE-Missionen

Indikatoren:

- Unterstützung von spezifischen OSZE-Projekten zur Umsetzung von Resolution 1325;
- Einsatz für erweiterten Informationsaustausch zur Umsetzung der Resolution 1325;
- Präsentationen zur nationalen Umsetzung und von Erfahrungswerten aus diversen Auslandseinsätzen bzw. Missionen;
- Unterstützung allfälliger Initiativen des jeweiligen OSZE-Vorsitzes zur Umsetzung der WPS-Agenda

BMEIA/BMLV

- Österreich unterstützt weiterhin die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen „Gender Advisor“ (GENAD) an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Viele der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgen einen „Gender-Mainstreaming“-Ansatz. Zudem förderte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur verbesserten

Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein Projekt zur Verbesserung der raschen Identifizierung von Fällen von Menschenhandel unter Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen mit Schwerpunkt auf unbegleiteten Minderjährigen und Frauen („Combating Human Trafficking along Mediterranean Migration Routes“). Weiters wurde ein Projekt zur Geschlechtergleichstellung durch Sensibilisierung und Kapazitätsaufbau gefördert, um weibliche Pioniere mit den notwendigen Werkzeugen und Fähigkeiten für innovative und transformative Veränderungen auszurüsten und Netzwerke von Frauen und Männern zur Umsetzung gemeinsamer Initiativen zu umfassenden Sicherheitsfragen zu stärken („WIN for women and men — strengthening comprehensive security through innovating and networking for gender equality“). Im Rahmen seines Vorsitzes im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) organisierte Österreich einen umfassenden Sicherheitsdialog zur Teilhabe von Frauen in den Streitkräften. Darüber hinaus legte Österreich – gemeinsam mit dem schwedischen OSZE-Vorsitz – einen Ministerrats-Entscheidungsentwurf zu „Equal opportunities and full and meaningful participation for all armed forces personnel, with a particular focus on women“ vor. Trotz wochenlanger, intensiver Verhandlungen scheiterte eine Konsensbildung letztendlich am Widerstand eines Teilnehmerstaates.

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Berichtsjahr am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 teilgenommen. Dabei wurde über die Zielsetzungen und Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans sowie die Erstellung des 12. Umsetzungsberichts informiert. Zum ÖBH wurden spezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 bei der Ausbildung und den Einsatzvorbereitungen erwähnt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Aktivitäten und das Engagement bei internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen angeführt. Insbesondere werden hier österreichische Vorschläge im Rahmen der VN, der NATO-Partnerschaft für den Frieden und der OSZE aufgeführt.

2.4. NATO/Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPC)/Pfp

Maßnahmen:

- Unterstützung von Initiativen im Rahmen des EAPC zur Umsetzung von Resolution 1325 in NATO-geführten Operationen
- Teilnahme am NATO-Komitee zu Gender-Perspektiven (NCGP)

Indikatoren:

- Aktive Teilnahme an den Treffen der Ad hoc-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Resolution 1325
- Teilnahme an der jährlichen Sitzung des NCGP

BMLV

Politische Ebene

- Das BMLV leistete mit der Bereitstellung eines „Voluntary National Contribution“ (VNC)-Mitarbeiters, der direkt der Sonderbeauftragten für Frauen, Frieden und Sicherheit unterstellt ist, einen Beitrag im Rahmen der Abteilung Menschliche Sicherheit im Internationalen Stab der NATO. Die Funktion lief Mitte des Berichtsjahres aus.
- Berichte an die NATO: Auf Anfrage des NCGP erstellt Österreich Jahresberichte zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser Bericht wird in der Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO-Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten aufzeigen. Weiters sollen Handlungsmöglichkeiten und „Best Practice“-Beispiele identifiziert werden.
- Partnerschaftsziel „Gender Perspectives“: Das 2012 im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden angenommene nationale Partnerschaftsziel „Gender Perspectives“ verfolgte mit Unterstützung der NATO eine kontinuierliche Umsetzung der Resolution 1325 im ÖBH, insbesondere in der Struktur und Ausbildung, sowohl im Friedensbetrieb als auch im Einsatz. Das Ziel wurde im Berichtsjahr im Einvernehmen mit der NATO als abgeschlossen beurteilt.
- Das Partnerschaftsziel zum „Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten“ wurde im Berichtsjahr in das Partnerschaftsziel „Menschliche Sicherheit“ („Human Security“) umbenannt und grundlegend überarbeitet. Das neue Partnerschaftsziel gibt vor, dass Österreich Strategien und Standards zu den Querschnittsthemen der „Menschlichen Sicherheit“ entwickelt und umsetzt. Die NATO fasst hierzu neuerdings folgende Bereiche zusammen: Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten, Kinder in bewaffneten Konflikten, Schutz von Kulturgütern, Menschenhandel und konfliktbezogene sexuelle Gewalt. Die Definition von „Menschlicher Sicherheit“ im Sinne des Partnerschaftsziels beschreibt ein bevölkerungsbezogenes Sicherheitskonzept, das sich auf die zentralen Werte der NATO stützt - Demokratie, individuelle Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Als präventionsorientierter Ansatz befasst sich die „Menschliche Sicherheit“ unter anderem mit der Entwicklung

von Frühwarnmechanismen, die unter Anwendung einer Geschlechterperspektive dazu beitragen, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger Bedrohungen für Frauen und Mädchen sowie Männer und Buben zu minimieren und das mögliche Auftreten zukünftiger Unsicherheiten zu verhindern. Um diese Ziele im ÖBH zu erreichen, wurde das bereits 2020 geschaffene Referat „Menschliche Sicherheit“ im Berichtsjahr personell besetzt. Zu den Schwerpunkten des neuen Referats zählen mit Ausnahme des Kulturgüterschutzes die oben genannten Querschnittsthemen der „Menschlichen Sicherheit“, die um die Themenbereiche „Frauen, Frieden und Sicherheit“, „Sexuelle Ausbeutung und Missbrauch“ (SEA) und die Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive in Einsätzen des ÖBHs erweitert wurden. Durch diese thematische Zusammenführung soll eine effektive und kohärente Umsetzung der unterschiedlichen Querschnittsmaterien einsatzbezogen und auf den militärischen Führungsebenen erreicht werden.

Auslandseinsätze

- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLV GENADs als Beraterinnen und Berater des Kommandanten der Friedensmission „Kosovo Force“ (KFOR) entsendet. Mit Anfang 2015 wurde ein GENAD erneut durch das BMLV entsandt. Seit November 2016 wird diese Funktion mit kurzen zeitlichen Unterbrechungen durchgehend durch das BMLV gestellt. So wurde die Funktion im Berichtsjahr von einem Offizier des ÖBH bekleidet.
- Auf Anfrage Bosnien und Herzegowinas unterstützt das BMLV seit dem Jahr 2014 durch einen österreichischen Staboffizier das „Peace Support Operations Training Center“ (PSOTC) – ein durch die NATO akkreditiertes Ausbildungszentrum. Der Staboffizier ist als Fachexperte im Bereich der Umsetzung von Resolution 1325 bei der Durchführung diverser NATO- und VN-Kurse eingesetzt. Kursinhalte sind beispielweise die Bedeutung von Genderfragen beim Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten.

ÖV NATO

- Der NATO-Aktionsplan 2021-2025 zu WPS wurde im Oktober von den NATO-Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsministern gebilligt. Die ÖV NATO war in die Überarbeitung des Aktionsplans im Vorfeld aktiv involviert. Der nunmehr aktuelle Aktionsplan 2021-2025 zu WPS unterstützt das Engagement der Alliierten und Partnernationen, Geschlechtergleichstellung weiter voranzutreiben und geschlechtsspezifische Perspektiven in alle Aktivitäten der NATO zu integrieren. Es handelt sich um einen umfassenden, ehrgeizigen und zukunftsorientierten Plan, der dazu beitragen wird, die NATO besser auf die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre vorzubereiten.

- Im Frühjahr befasste sich das NATO-Büro für WPS mit der Möglichkeit, eine eigene Politik zum Kulturgüterschutz („cultural property protection“, CPP) auszuarbeiten. Eine eigene CPP-Politik bietet die Möglichkeit der Begriffsdefinierung, u.a. zur Abgrenzung von Kulturgut und Kulturerbe, zur Rollenbeschreibung der NATO im Bereich CPP und eine klare Vorgabe für den Kommandanten bzw. die Kommandantin sowie beim Kampf gegen illegalen Handel mit Kulturgut. Die ÖV NATO beteiligte sich aktiv an den mehrmaligen Treffen der Arbeitsgruppe und dem Workshop.

- Das NATO-Büro für WPS organisierte am 22. April zusammen mit dem Gender & Diversity-Team des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) einen informellen virtuellen Workshop zu nationalen Aktionsplänen für WPS und bewährte Praktiken, an dem auch die ÖV NATO teilnahm. Ziel des virtuellen Workshops war eine Diskussion über bewährte Praktiken und gut funktionierende Prozesse und Methoden, aber auch über Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung der nationalen Aktionspläne stellen.

- Im April wurde eine NATO-Studie zur Integration von Geschlechterperspektiven in die Arbeit von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung (ADN) veröffentlicht, die ein grundlegendes Verständnis dafür schaffen soll, wie Nationen die Geschlechterperspektive in das Thema ADN integrieren können und die nächsten Schritte identifiziert. Auch Österreich beteiligte sich an der Studie.

- Die NATO verabschiedete am 1. Juni eine neue Politik zur Verhütung und Reaktion auf konfliktbezogene sexuelle Gewalt (conflict-related sexual violence, CRSV), die als neue Grundlage – neben den bereits existierenden militärischen Richtlinien aus 2015 – dienen soll, um das anhaltende Engagement der Allianz im Kampf gegen CRSV zu untermauern. In der neuen Politik werden konkrete Maßnahmen umrissen, die die NATO bei allen Operationen, Missionen und Aktivitäten der NATO ergreifen wird, um konfliktbezogene sexuelle Gewalt zu verhindern und darauf zu reagieren. Sobald eine Partnereinbindung möglich ist, wird sich auch die ÖV NATO aktiv an der Mitgestaltung dieser Thematik engagieren.

- Im September wurde die bereits sechste Zusammenfassung der nationalen Berichte der NATO-Mitglieds- und Partnerstaaten des NATO-Komitees zu Geschlechterperspektiven (Nato Committee on Gender Perspectives, NCGP) veröffentlicht. Sie ist eine NATO-Vergleichsstudie, an der sich auch Österreich beteiligt, zur Integration von Geschlechterperspektiven in den Streitkräften und zeigt den Stand der Umsetzung und das jeweilige Engagement im Gender-Bereich. Durch die statistische Datenauswertung, basierend auf einem standardisierten Fragebogen, bietet der Abschlussbericht eine Vergleichsmöglichkeit zu den vergangenen Jahren.

- Im Herbst setzte sich die ÖV NATO für die Verleihung einer sichtbar zu tragenden Auszeichnung der Republik Österreich an die bis Sommer amtierende Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für WPS, Claire Hutchinson, ein. Dies insbesondere im Zusammen-

hang mit deren besonderen und langjährigen Verdiensten und ihrem persönlichen Einsatz im Rahmen der Ausarbeitung und Umsetzung der NATO-Politiken in den für Österreich wichtigen Bereichen des Schutzes von Zivilpersonen, des Kulturgüterschutzes und des Bereiches Kinder und bewaffnete Konflikte, in dem auch ein österreichischer Entsandter des BMLV (Voluntary National Contribution) bis Sommer engstens eingebunden war und maßgeblich mitgewirkt hat.

- In Vorbereitung auf das nächste NATO-Partnerschaftssymposium in Genf im Sommer 2022 wurden im Herbst verschiedene „Tiger Teams“ gegründet, die die unterschiedlichen Themenbereiche inhaltlich vorbereiten sollen. Eines dieser „Tiger Teams“ deckt auch den Bereich WPS, Human Security und Klimawandel ab. Die ÖV NATO beteiligte sich von Anfang an aktiv an dem Tiger Team und gestaltet damit die inhaltliche Diskussion mit.
- Am 7. und 8. Dezember nahm die ÖV NATO an der Jahreskonferenz des NCGP teil, bei der die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, dass die NATO die Geschlechterperspektive in die Entwicklung künftiger strategischer Dokumente auf allen Ebenen vermehrt einbeziehen muss. Der Wandel müsse von innen kommen und die NATO müsse mit gutem Beispiel vorangehen. Dies bedeute, mehr Verantwortung zu übernehmen, Diversität zu stärken, dem „Gender-Bias“ keine Chance zu geben und mehr Frauen in Streitkräfte und in Führungspositionen zu bringen.

2.5. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

„Shifting masculine norms to promote women’s economic empowerment“

- Am 12. März präsentierte das OECD-Entwicklungszentrum mit seinem durch die OEZA mitfinanzierten Bericht „Man enough? Measuring masculine norms to promote women’s empowerment“ in Paris neue Erkenntnisse, die auf der Forschung der zugrundeliegenden Ursachen von Geschlechterungleichheit im Rahmen des „Social Institutions and Gender Index“ (SIGI) basieren. Die Studie bietet Einblicke in soziale Konstruktionen dessen, was es bedeutet, „ein echter Mann zu sein“ – und wie dadurch die wirtschaftliche Selbstermächtigung von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter entweder behindert oder befördert werden kann. Im Rahmen eines virtuellen Side-Events bei der Frauenstatuskonferenz in NY wurden die Ergebnisse im Rahmen eines Panels von Expertinnen und Experten vorgestellt und diskutiert.
- Die OEZA unterstützt seit 2020 das OECD Development Assistance Committee (DAC) mit einem zweckgebundenen Beitrag in Höhe von 400.000 Euro. Dieser dient der Förderung einer Kooperation zwischen dem OECD DAC Gendernet und dem Inter-

national Network for Conflict and Fragility (INCAF). Damit soll die Integration einer Geschlechterperspektive in die INCAF Arbeit zur Operationalisierung der OECD DAC Empfehlung zum Nexus-Ansatz zu humanitärer Hilfe, Entwicklung und Friedensbildung sicherstellen und so zur Umsetzung von Resolution 1325 beitragen. Weiters wird damit auch die Kooperation zwischen Gendernet und OECD DAC Environet gezielt gefördert, um Gleichstellungsaspekte besser in die OEZA-Arbeit zu Klimawandelanpassung und -schutz sowie Katastrophenschutz zu integrieren. Aus diesem Beitrag wurden 2021 EUR 300.000 im Rahmen des Generation Equality Forums als österreichischer Pledge eingemeldet.

2.6 Regionale Aktivitäten

BMLV

- Im Rahmen eines regionalen Kooperationsprojektes „OSZE-Armenien“ im Themenbereich „Security Sector Governance and Reform“ (SSG/R) war eine geschlechtersensible Herangehensweise von Beginn an fester Bestandteil der Projektumsetzung. Aufgrund der COVID-19-Pandemie fanden die geplanten Aktivitäten in reduzierter Weise statt.
- „Humanitarian Assistance in West Africa“: Das Projekt „Kapazitätsentwicklung für Humanitäre Assistenz in Westafrika“ wird gemeinsam vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) und dem Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Ghana implementiert. Dabei wird das Projekt im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes von der ADA finanziell gefördert. Das BMLV entsendet einen Kursdirektor und zwei weitere Expertinnen und Experten, die Absolventinnen und Absolventen des Grundkurses und der „Trainings of Trainers“ als Mentoren dabei unterstützen, selbst im Rahmen des Projekts als Trainerinnen und Trainer tätig zu werden. Alle Aktivitäten - Grundkurs, „Training of Trainers“, Weiterbildungen in Schwerpunktländern - nehmen Bezug auf die WPS-Agenda und verfolgen einen geschlechtertransformativen Ansatz. 40 % der im Rahmen dieses Projektes ausgebildeten zivilen, polizeilichen und militärischen Fachkräfte sind Frauen.
- Roundtable-Workshop „UNSCR 1325. Twenty Years down the Road. A regional view on Participation, Protection, Prevention, Relief and Recovery.“ lautete der Titel des durch das BMLV gemeinsam mit dem Bruno Kreisky Forum veranstalteten regionalen Roundtable-Workshops anlässlich des 20. Jahrestages von Resolution 1325. Regionaler Fokus der Veranstaltung war die MENA-Region (Middle East North Africa). Die inhaltlichen Schwerpunkte waren die Entwicklung der WPS-Agenda seit der Annahme von Resolution 1325 im Jahr 2000, die Umsetzung der Agenda im Kontext regionaler Streitkräfte sowie internationaler Peace Support Operations, die Praktikabilität und Wirksamkeit von Initiativen zur Förderung der WPS-Agenda im Rahmen von IOs sowie die Zukunft der

WPS-Agenda. Der Workshop ermöglichte zivilen und militärischen Vertreterinnen aus der Region einen intensiven Austausch und den Aufbau von Kontakten untereinander sowie mit Vertreterinnen von IOs wie den Vereinten Nationen und der NATO.

• „Cours G5 SAHEL sur le Droit des conflits armés“: Die Gründung der gemeinsamen Streitkräfte der „G5-Sahel Joint Force“ hatte zum Ziel, die Sicherheitskräfte der Sahel-Staaten zur eigenständigen Konfliktbewältigung zu ermächtigen. Ihre internationale Unterstützung und Legitimität hängen vom Respekt der Menschenrechte und der Anwendung des humanitären Völkerrechts ab. Bereits seit dem ersten durch das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR) initiierten Kurs zum Humanitären Völkerrecht 2018 beteiligt sich das BMLV durch Vorträge, unter anderem zu sexueller Gewalt in Konflikten (conflict related sexual violence, CRSV) und sexueller Ausbeutung und Missbrauch (sexual exploitation and abuse, SEA) sowie Finanzierungen an den Kursen. Das allgemeine Ziel der Kurse ist es, Offizierinnen und Offiziere der Streitkräfte der G5 die Grundsätze und Regeln des Rechts in bewaffneten Konflikten und die Methoden seiner Umsetzung zu vermitteln bzw. diese aufzufrischen. Weiters wird intensiv auf Themenstellungen eingegangen, die in der Einsatzführung relevant sind, wozu auch eine Geschlechterperspektive gehört. Nach Abschluss des Kurses haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein solides Wissen über diese Grundprinzipien und die Regeln des Humanitären Völkerrechts erworben und können dieses im Rahmen verschiedener Einsatzgebiete anwenden.

2.7. Bilaterale Kontakte

Maßnahmen:

- Lobbying für die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, insbes. bei Friedensverhandlungen, in Kontakten mit und aus relevanten Ländern;
- Regelmäßige Treffen österreichischer Botschaften und Vertretungen, insbes. in Krisengebieten, mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu Resolution 1325 sowie mit Frauenorganisationen;
- Lobbying für die universelle Ratifizierung von relevanten internationalen völkerrechtlichen Instrumenten (CEDAW, Istanbul-Konvention, Kinderrechtskonvention bzw. ihrer Fakultativprotokolle, Römer Statut etc.) und die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform.

Indikatoren/mögliche Aktivitäten (praxisorientiert)

- Bei der Terminplanung hochrangiger Besuche: Berücksichtigung von Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. Frauenorganisationen – insbes. in Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen und in demokratischer Transition;
- Eigene Veranstaltungen oder finanzielle Unterstützung von Projekten zur Umsetzung der WPS-Agenda;
- Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen rund um die WPS-Agenda;
- Aufbau eines Netzwerkes mit MRV, Journalistinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen, Wirtschaftsvertreterinnen sowie weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern etc.;
- Regelmäßige Beteiligung an Initiativen und Koordinierungstreffen der EU-Delegation/Menschenrechtsgruppen vor Ort; Aufbau von Kontakten zu Gender Focal Points der EU-Delegation bzw. innerhalb der GSVP-Missionen und Operationen sowie zu UN WOMEN (falls vorhanden);
- Teilnahme an Netzwerken, die die Selbstermächtigung von Frauen zum Ziel haben („Gender Champions“, „Women Ambassadors“, „Business Women“ etc.);
- Zusammenarbeit mit „youth activists“/Förderung der Arbeit junger Frauen;
- Geschlechterparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen der Vertretungsbehörden;
- Aktivitäten rund um den Weltfrauentag am 8. März;
- Beteiligung an der VN-Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“ vom 25. November bis 10. Dezember;
- Berücksichtigung von frauenspezifischen Themen im Rahmen von Vorschlägen zu UPR-Überprüfungen des Gastlandes;
- Darstellung dieser Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit der Botschaften, Vertretungsbehörden und Kulturforen (Homepage, Twitter, Facebook und andere Social Media, Gastkommentare in lokalen Zeitungen);

- Verfolgung der Situation der Frauenrechte im Empfangsstaat

Kulturforen:

Maßnahmen:

- Kulturarbeit als Mittel zur Stärkung von Frauenrechten: Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft. Durchführung regelmäßiger Veranstaltungen zur Frauenthemen, Berücksichtigung der WPS-Agenda sowie der Arbeit von Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen bei der Organisation von Projekten.

BMEIA

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum unterschiedlichste Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 1 bei.
- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. UPR des VN-MRR) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW), Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.

BMLV

- Seitens des BMLV wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnerinnen und Partnern angesprochen.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Ziele/Maßnahmen:

Partizipation:

- Förderung der politischen Teilhabe von Frauen;
- Stärkung der Repräsentation von Frauen durch Kapazitätenaufbau;
- Förderung und Unterstützung einer stärkeren Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen;
- Förderung der Teilhabe von Frauen an friedensbildenden und politischen Entscheidungsfindungsprozessen;
- Trainingsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte, z.B. von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, weiblichen lokalen Gemeinderatsmitgliedern;
- Unterstützung von Friedensinitiativen lokaler Frauen und Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Prävention:

- Förderung der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung über die Rechte von Frauen;
- Unterstützung der Teilnahme von Frauen an friedensfördernden Strategien und Maßnahmen sowie an der Konfliktprävention

Schutz:

- Prävention von gender-spezifischer Gewalt und Schutz der Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen im Rahmen von Friedensoperationen, bei

humanitären Einsätzen, sowie in Lagern für Flüchtlinge und Binnenvertriebene (IDPs);

- Förderung einer konsequenten Verfolgung von Tätern und Stärkung des Kampfes gegen die Straflosigkeit; technische Unterstützung in Sicherheitssektorreformen und Monitoring Maßnahmen

Schutz, Sicherheit und Menschenrechte:

- Stärkung von wirtschaftlichem Engagement von Frauen, u.a. durch Zugang zu einkommensschaffenden Maßnahmen;
- Förderung von Initiativen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen;
- Förderung des öffentlichen Bewusstseins hinsichtlich sexueller Gewalt gegen Frauen;
- Unterstützung von Gender Mainstreaming und Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung von Frauen hinsichtlich ihrer Rechte

Indikatoren:

- Zahl, Anteil und Beschreibung von Projekten, die WPS als Hauptziel haben;
- Zahl und Beschreibung von Maßnahmen zur Prävention, sowie Schutz und Unterstützung bei konfliktbezogener sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, inklusive Projekte zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten;
- Anzahl der Maßnahmen zu Konfliktprävention, Mediation, Friedenskonsolidierung, Friedensverhandlungen, Konfliktlösung und Wiederaufbau/Rehabilitation, die u.a. auf Gender-Analysen basierten oder diese nutzten;
- Gesamtausgaben und Anteil der Kooperationsprogramme in den Partnerländern, die für WPS, Geschlechtergleichstellung, Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention bereitgestellt werden. Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an solchen Programmen teilnehmen;

- Zahl und Anteil an Projekten der humanitären Hilfe, des Wiederaufbaus und von Kriseninstrumenten, die neben Geschlecht weitere soziale Aspekte, die zu Mehrfachdiskriminierung führen können (z.B. Alter, Behinderungen, ethnische Zugehörigkeit, soziale Herkunft, religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Identität etc.), explizit berücksichtigen;
- Zahl und Beschreibung von Projekten, die Frauenrechtsorganisationen im Bereich Wiederaufbau unterstützen;
- Zahl und Beschreibung von Maßnahmen, die die schwerwiegenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Frauen und Frauenrechte thematisieren;
- Anzahl und Beschreibung von Veranstaltungen sowie institutionalisierter und Ad-hoc-Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivistinnen zur Umsetzung des österr. Nationalen Aktionsplans zu WPS, sowie von WPS-Strategien in Drittstaaten.

3.1. BMEIA/ADA

- Die OEZA setzt sich auf allen Ebenen für die Gleichstellung der Geschlechter, für individuelle Selbstbestimmung durch gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben sowie für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen ein.
- Bereits der „Strategische Leitfaden Sicherheit und Entwicklung“, der vom Ministerrat am 4. Oktober 2011 angenommen wurde, nimmt auf Resolution 1325 Bezug. Die Förderung von Frauen in Konflikt- und Friedensprozessen, vor allem ihre wichtige Rolle bei der Mediation und Transformation von Konflikten ist eines von drei gesamtstaatlich akkordierten thematischen Handlungsfeldern.
- Die OEZA unterstützt auch eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches „Gender-Mainstreaming“ sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Im Jahr 2020 wurden 74,05 % der OEZA Programme und Projekte mit einem OECD-Gendermarker 1 oder 2 bewertet, wobei für den Berichtszeitraum noch keine von der OECD validierten Daten vorliegen. Die DAC-Mitgliedsstaaten verwenden den „OECD Gendermarker“ im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über ihre Entwicklungsaktivitäten an den DAC, um für jede Hilfsmaßnahme anzugeben, ob und in welchem Ausmaß sie Geschlechtergleichstellung als politisches Ziel verfolgt. Die auf dem Marker basierenden Daten liefern ein Maß für die Entwicklungsgelder, die

DAC-Mitglieder und andere Akteure zur Unterstützung von Geschlechtergleichstellung bereitstellen.

- Der Anteil der durch Mittel des Auslandskatastrophenfonds finanzierten Projekte, die zur Umsetzung der WPS-Agenda zumindest durch Teilkomponenten beitragen, wurde im Sinne der österreichischen Verpflichtungen zur Umsetzung der „Agenda for Humanity“ signifikant erhöht.

3.2 Beispielhafte OEZA Projekte, die in besonderem Ausmaß zur Umsetzung der Resolution 1325 beitragen

1.) Durch die Beiträge zum Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF) bringt sich Österreich sowohl auf strategischer als auch operativer Ebene in WPHF Entscheidungsfindungsprozesse zur Förderung von lokalen Frauenrechtsorganisationen und deren Aktivitäten in fragilen bzw. von Konflikt betroffenen Ländern ein. Insbesondere geht es dabei um

- o Die Stärkung von Frauenrechtsgruppen;
 - o Projekte zur Entwicklung nationaler WPS-Strategien;
 - o Die Erarbeitung von Finanzierungs- und Kontrollmechanismen für die Operationalisierung der Verpflichtungen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit;
 - o Die Etablierung von geschlechtsspezifischen nationalen und regionalen Konfliktverhütungssystemen.;
 - o Seit 2020: Die Unterstützung von Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19 Krise im humanitären Bereich.
- Dafür wurden jeweils 2.000.000 EUR im Irak im Zeitraum 1. Dezember 2018 bis 31. Dezember 2020 und Uganda im Zeitraum 1. November 2019 – 31. Oktober 2021 aufgewendet.
 - Weiters unterstützt die OEZA seit 2020 mit einem zusätzlichen Beitrag in der Höhe von 1.600 000 EUR im Zeitraum von 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2022 die Etablierung eines sogenannten „Rapid Response Windows“ des WPHF. Dieses ermöglicht Frauen die aktive Beteiligung an Friedensverhandlungen - durch unbürokratische und schnelle Mechanismen zur Bewältigung praktischer Hürden.
 - Zusätzlich wird das Afrika Programm des WPHF mit einem Beitrag in der Höhe von 430.000 EUR für technische Expertise im Zeitraum 1. Dezember 2019 bis 31. Dezember 2022 gefördert.

- Im Rahmen des „Generation Equality Compacts“ on „Women, Peace and Security and Humanitarian Action“ verpflichtete sich Österreich zur Bereitstellung weiterer fünf Millionen EUR im Zeitraum 2021 bis 2025. Aus diesen Mitteln werden Projekte im Irak in Höhe von 1.250.000 EUR im Zeitraum 1. September 2021 bis 31. August 2024 unterstützt. Diese dienen der besseren Einbindung von Frauen in und die Etablierung von gleichstellungsorientierten Mechanismen in der Humanitären Hilfe.

2.) Mit dem Beitrag zum „Programme to accelerate the implementation of the women’s peace and security agenda for better conflict prevention and peacebuilding in the Sahel region“ von UN Women soll nachhaltiger Frieden durch eine erhöhte Teilnahme von Frauen zur Prävention von und gegen gewalttätigen Extremismus erreicht werden. Das Programm stärkt die Rechte und Führungschancen von Frauen und fördert die Anwendung von geschlechtersensiblen Ansätzen bei der Reform des Sicherheitssektors in vier der G5-Sahel Länder - Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad. Die OEZA/ADA unterstützte das Programm mit einem Beitrag von 1.000.000 EUR im Zeitraum von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021.

- Durch Unterstützung des Projekts von UN Women „POWER – Women’s Empowerment Programme in the Horn of Africa region“ werden Frauen und Mädchen bei der Inanspruchnahme von qualitativ hochwertigen sexuellen reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen unterstützt. Der Fokus liegt dabei auf Flüchtlingscamps und Gastgemeinden in Ostafrika. Die OEZA/ADA unterstützte das Programm von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021 mit einem Beitrag von 1.435.281 EUR.

3.) Das Programm DELPAZ wird von der OEZA/ADA im Zeitraum 1. November 2020 bis 31. Dezember 2024 mit einer Mio. EUR ko-finanziert. Die ADA setzt das vor allem durch Drittmittel der EU finanzierte Projekt entsprechend der von der EU-Delegation in Mosambik festgelegten Durchführungsmodalitäten in Kooperation mit dem Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) und der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (AICS) um. Ziele sind eine Verbesserung der Lebensbedingungen ländlicher Gemeinden in konfliktbetroffenen Bezirken der Provinz Sofala. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Frauen, Jugendlichen und benachteiligten Gruppen. Im Rahmen einer intersektionellen Genderanalyse wurden soziale und wirtschaftliche Barrieren ermittelt und beim Design der Aktivitäten berücksichtigt. Die öffentlichen Investitionen und Dienstleistungsangebote sollen in ausgewählten Bezirken und ländlichen Gemeinden verbessert werden. Weiters sollen klimaangepasste und produktivitätssteigernde landwirtschaftliche Technologien und Praktiken in den vom Konflikt betroffenen Gemeinden eingeführt werden. Die Entwicklung eines lokalen Beschwerdemechanismus zur Prävention von sexueller Ausbeutung und Missbrauch sowie sexueller Belästigung ist Gegenstand einer Pilotstudie, von der die ADA über den Projektkontext hinaus auf organisatorischer Ebene profitieren wird. Das Programm trägt somit zur Umsetzung

aller vier Pfeiler von Resolution 1325 - Teilhabe, Prävention, Gewaltschutz, Soforthilfe und Wiederaufbau – teil.

4.) Durch den Auslandskatastrophenfonds (AKF) wurden folgende VN - Partner für die Durchführung von humanitären Hilfsmaßnahmen mit folgenden, für die Umsetzung der WPS-Agenda relevanten Maßnahmen unterstützt

- o Prävention und Schutz vor sexueller und geschlechtsbasierter Gewalt sowie
 - o Überweisungen und psychosoziale Unterstützung von Opfern/Überlebenden und/oder
 - o Bereitstellung integrierter Angebote im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit gefördert werden:
- Beitrag zu m VN-Flüchtlingswerk (UNHCR) Aktivitäten in Burkina Faso: 1.000.000 EUR für den Zeitraum von 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2021
 - Beitrag zum UNFPA Syrien Programm: 1.000.000 EUR für den Zeitraum von 1. November 2021 – 31. Oktober 2022
 - Beitrag zum UNICEF Mali Programm 1.000.000 EUR für den Zeitraum von 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2021
 - Mit dem Beitrag von 2.900.000 EUR für den gemeinsamen strategischen Plan des World Food Programmes (WFP) und des UNHCR im Zeitraum 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2022 in Burkina Faso wird die Resilienz vulnerabler Gruppen insbesondere auch Geflüchteter und der aufnehmenden Gemeinden unterstützt. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Unterstützung von Frauen u.a. mit Nahrungsmittelpaketen und einkommensfördernden Mitteln gelegt.

3.3 Projekte in direkter Kooperation mit zivilgesellschaftlichen internationalen und lokalen Frauenrechtsorganisationen

1.). Die OEZA/ADA unterstützt im Zeitraum zwischen 1. Oktober 2019 und 30. September 2022 das Global Network of Women Peacebuilders (GNWP) mit einem Beitrag in der Höhe von 1.000.074 EUR. Unter dem Titel „Local Communities build and sustain peace: Strengthening women and youth participation in building sustainable peace in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Kenya, Moldova, South Sudan, Uganda and Ukraine“ soll die Anerkennung von Frauen als Friedensakteurinnen mit Mitspracherechten in allen Ebenen von Friedensprozessen gefördert werden. Dabei wurden zusätzliche Regionen

und Länder im Rahmen der Projektfinanzierung aufgenommen. Zudem sollen sich Entscheidungsträgerinnen und -träger in acht Ländern zur Umsetzung internationaler Vorgaben im Bereich WPS verpflichten. Die Einbindung von Journalistinnen und Journalisten zur Förderung der WPS-Agenda in diesen Ländern soll verbessert und die Vernetzung auf lokaler, nationaler, regionaler und überregionaler Ebene erreicht werden. Dabei wird der Einbindung Jugendlicher als Akteurinnen und Akteure für den Frieden eine zentrale Bedeutung beigemessen. Das Projekt soll 890 Personen direkt und mehr als 40.000 indirekt erreichen. Dieses Projekt wurde im Rahmen des Generation Equality Forums als österreichischer Pledge eingemeldet.

2.) In West- und Norduganda werden mit einem Beitrag von 3.200.000 EUR im Zeitraum von 1. April 2019 bis 31. März 2024 durch eine strategische Partnerschaft mit CARE Österreich „Resilienz von Frauen und Jugendlichen stärken“ Frauen, Mädchen und Jugendliche gefördert. Zweck ist, ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit zu fördern und das Risiko zu reduzieren, Betroffene von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Psychosoziale Unterstützung für Überlebende von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung sowie anwaltschaftliche Arbeit sollen dazu beitragen, relevante internationale, regionale und nationale Rahmenvereinbarungen für den Schutz von Rechten und ein Leben ohne Gewalt für Frauen und Mädchen umzusetzen. Das Programm unterstützt 33.500 Frauen und Mädchen sowie 11.500 Männer und Burschen und 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von nationalen Dienstleistungsanbietern gegen geschlechtsbasierte Gewalt sowie 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gemeindebasierten Organisationen. Dieses Projekt wurde im Rahmen des GenerationEquality Forums als österreichischer Pledge eingemeldet.

3.) Über die ADA Budgetlinie Katastrophenvorsorge, Wiederaufbau und Resilienz in wurde ein Projekt im Südsudan mit 1.500.000 EUR im Zeitraum 1. Dezember 2021 bis 31. Mai 2024 gefördert. Ziel ist die Stärkung von Konflikt-Resilienz in der langwierigen Krise in Norduganda mit Fokus auf geschlechtersensible Umsetzung.

4.) Über den AKF wurde weiters ein Projekt der Diakonie Österreich in Höhe von 1.000.000 EUR für den Zeitraum von 15. September 2021 bis 14. September 2022 in Zusammenarbeit mit dem „Resource Center for Gender Equality“ im Libanon unterstützt. Dabei wurden psychosoziale Unterstützung, Schutz und wirtschaftliche Selbstermächtigung von Frauen und Mädchen, die von der anhaltenden Syrien-Krise in den Regionen Bekaa, Nordlibanon und Berglibanon im Libanon betroffen sind, finanziert.

5.) Mit dem Projekt „Further Advancing Women’s Rights in Kosovo“ wurden in Kooperation mit dem „Kosovo Women’s Network“ (KWN) die Rechte und Interessen von Frauen und Mädchen in Kosovo durch Kapazitätsentwicklung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und Beamtinnen und Beamten auf nationaler und Gemeindeebene gefördert. Dabei wurde das Bewusstsein von Beamtinnen und Beamten sowie Bürgerinnen und

Bürgern zu geschlechterbasierter Gewalt gestärkt und Betroffenen anwaltschaftliche Unterstützung geboten. Für den Zeitraum 1. Jänner 2018 - 28. Februar 2021 erfolgte dabei eine Finanzierung in Höhe von 500.000 EUR. Eine Fortführung der Kooperation mit 700.000 EUR für den Zeitraum 1. März 2021 bis 28. Februar 2025 wurde 2021 vertraglich vereinbart: Dabei stehen folgende Zielsetzungen im Sinne eines transformativen Ansatzes im Vordergrund:

- o Stärkung der Frauenbewegung im Kosovo, in der gesamten Balkan-Region und darüber hinaus;
- o Verbessertes Zugang von Frauen zu Gesundheitsversorgung;
- o Verbesserte Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt im Kosovo;
- o Verbessertes Zugang zu Bildung, die bestehende Geschlechternormen und Machtverhältnisse in Frage stellt

6.) Im Norden Ugandas unterstützte die OEZA/ADA die lokale Frauenrechtsorganisation UWONET im Zeitraum 1. Oktober 2018 – 31. Dezember 2021 mit 335.160 EUR. Dadurch wurden einerseits deren institutionelle Kapazitäten, andererseits folgende Ziele verfolgt:

- o Geringere Toleranz gegenüber Verletzungen der Landrechte von Frauen und geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV);
- o Verbessertes Gender-Mainstreaming in der Justizverwaltung;
- o Verbesserte Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei der Erbringung von Dienstleistungen im Wassersektor und eine Stärkung der Fähigkeit von Frauen, die vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen und davon zu profitieren. Eine Fortführung der Kooperation ist angedacht.

7.) In Westafrika trägt die OEZA mit ADA-Mitteln in der Höhe von 1.500.000 EUR für den Zeitraum 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2025 zur Umsetzung des Strategischen Plans 2021-2025 des West Africa Network for Peacebuilding (WANEP) bei, das als eines der sechs strategischen Ziele die Stärkung der Kapazitäten von Frauen und Mädchen für die Beeinflussung der Politik und die Schaffung von Dialogräumen für ihren sinnvollen Beitrag zur Lösung der anstehenden Friedens- und Sicherheitsfragen formuliert. Dieses Projekt wurde im Rahmen des GenerationEquality Forums als österreichischer Pledge eingemeldet.

8.) In Libyen legt der Projektpartner der OEZA/ADA, das Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution (ASPR)/Burg Schlaining bei der Umsetzung eines Dialogprojekts zur Auslotung von Konfliktursachen und möglichen Lösungsansätzen für Zugang und Verteilung von Wasser besonderen Wert auf die Perspektiven und Anliegen von Frauen - so etwa durch die systematische Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen. Die auf lokaler Ebene organisierten Arbeitsgruppen werden außerdem mit großer Sorgfalt so gestaltet, dass eine gleichberechtigte Teilnahme von

Frauen gesichert werden kann, zum Beispiel durch die Möglichkeit der Mitnahme von männlichen Bezugspersonen und Kindern sowie Angebote für Kinderbetreuung. Über das Projekt sollen fünf so genannte Insider-Mediatorinnen und-mentoren ausgebildet werden, welche auch nach Ende des Projekts lokale Kapazitäten für Dialogbereitschaft und zivile Konfliktbeilegung unterstützen sollen. Das Projekt wird mit 504.195 EUR für den Zeitraum 1. September 2021 – 31. August 2023 unterstützt.

9.) Am Horn von Afrika unterstützt die OEZA/ADA mit 1.000.000 EUR für den Zeitraum 24. März 2018 – 30. September 2023 die Regionalorganisation Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) bei der Umsetzung ihrer Regionalstrategie im Bereich Frieden und Sicherheit. Eine wesentliche Komponente dieses auch von der EU, den Niederlanden und Schweden (ko-)finanzierten Programms stellt die Umsetzung von Resolution 1325 dar, sowohl auf regionaler Ebene als auch in der Unterstützung der IGAD-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer jeweiligen NAPs 1325. Weitere Beiträge: EU 25.248.000 EUR, Schweden 1.000.000 EUR, Niederlande 1.144.000 EUR.

Sämtliche ADA-Projekte könnten unter dem Link:

<https://www.entwicklung.at/projekte/alle-projekte/> eingesehen werden.

3.4. Bundesministerium für Finanzen (BMF)

- Vor dem Hintergrund des strategischen Leitfadens des BMF für Internationale Finanzinstitutionen (IFIs) unterstützt das BMF eine Vielzahl an Initiativen und Programmen im Bereich der internationalen Finanzinstitutionen, die u.a. durch systematisches Gender-Mainstreaming, gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene sowie durch die Fähigkeit, Krisen zu begegnen und den Bedürfnissen fragiler Staaten besonders Rechnung zu tragen, spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zuordenbar sind.

- Generell bemühen sich alle IFIs darum, im Rahmen ihrer Programme Frauen in den Projektländern den Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Krediten und Finanzdienstleistungen zu eröffnen, um durch die ökonomische Selbstermächtigung die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum und für Armutsreduktion zu schaffen. Im Speziellen setzt Österreich sich dafür ein, dass die IFIs:

- o Eigene Gender-Strategien ausarbeiten und umsetzen;
- o Geschlechtergleichstellung auch in ihrer Personalpolitik verfolgen und dabei u.a. Geschlechterparität im Personalstand, insbes. auch in Führungspositionen, anstreben sowie eine kritische Anzahl von Gender-Expertinnen und –Experten beschäftigen;
- o Geschlechtergleichstellung als Querschnittsthema in der Projektgestaltung und -umsetzung verankern, d.h. Gender-Mainstreaming in ihren Operationen betreiben;

- o Darüber hinaus dem jeweiligen Fokus entsprechend auch spezielle Projekte mit einer konkreten Gender-Zielsetzung finanzieren bzw. umsetzen;
 - o Das Thema Geschlechtergleichstellung als essentiellen Pfeiler in der Ausarbeitung von Länderstrategien berücksichtigen;
 - o Das Thema zentral in Strategiedokumenten (inkl. Sektorstrategien) einbauen; (7) in ihren Systemen zur Ergebnismessung und -überprüfung auf den unterschiedlichen Ebenen (strategische Ebene, Projektebene, Organisationsstruktur) spezifische Indikatoren für Gender-Ziele und Gender-Mainstreaming entwickeln und einsetzen, sowie – wo relevant – geschlechterspezifische Daten erheben.
- Im Berichtszeitraum unterstützte das BMF durch die „International Development Association“ (IDA) – ebenso wie in den Vorjahren – verstärkt Beiträge und Projekte zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen.
- Die Programme der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), einer der wichtigsten Plattformen der internationalen Koordination von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit, deren Mittel in einem Drei-Jahreszyklus aufgestockt werden, ebnet den Weg zu mehr Gleichstellung, Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern der Welt. Das BMF hat im Rahmen der 19. Wiederauffüllungsverhandlungen der IDA-Mittel, die im Dezember 2019 abgeschlossen wurden, einen finanziellen Beitrag in Höhe von 433,81 Mio. EUR zugesichert. Der besondere Schwerpunkt von IDA-19, deren Maßnahmen im Zeitraum 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2023 umgesetzt werden, liegt hierbei auf den fünf Themenbereichen: 1) Klimawandel, 2) Fragilität, Konflikte und Gewalt, 3) Gender, 4) Governance und Institutionen, 5) Jobs und wirtschaftliche Transformation.
- Bereits im Rahmen von IDA-18 hat die IDA die Mittel für fragile und von Konflikten betroffene Staaten von 1,2 Mrd. USD auf 2,3 Mrd. USD verdoppelt - dieser Schwerpunkt bleibt auch unter IDA-19 weiter bestehen.

Anhang 1: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

1. 16 Tage gegen Gewalt

Um Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt auszudrücken, beteiligte sich das BMEIA erneut an der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“. Im Zeitraum von 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, bis zum 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, wurde mit fokussierten Initiativen, insbes. durch Aktivitäten auf Sozialen Medien, ein breites Publikum für dieses Thema sensibilisiert und auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht.

Weiters beteiligte sich auch eine Reihe von Botschaften und Vertretungsbehörden an der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“. Dabei wurden insbes. folgende Aktivitäten gesetzt:

1.1. Beleuchtung von Botschaftsgebäuden, Residenzen und Kooperationsbüros

U.a. die ÖB Berlin, ÖB Chisinau, ÖB Heiliger Stuhl, ÖB Mexiko, ÖB Moskau, ÖB Paris, ÖB Riyadh und ÖB Sarajewo beleuchteten das Botschaftsgebäude bzw. die Residenz in oranger Farbe. Auch das Kobü Ramallah hat sich an dieser Aktion beteiligt.

1.2. Aktivitäten in Sozialen Medien

- Die ÖB Addis Abeba, Abu Dhabi, ÖB Amman, ÖB Ankara, ÖB Athen, ÖB Belgrad, ÖB Berlin, ÖB Brüssel, ÖB Budapest, ÖB Buenos Aires, ÖB Chisinau, ÖB Den Haag, ÖB Dublin, ÖV Genf, ÖB Islamabad, ÖB Kopenhagen, ÖB London, GK Los Angeles, ÖB Luxemburg, ÖB Manila, ÖB Mexiko, ÖB Moskau, ÖB Nikosia, ÖV und KF New York, ÖB Neu Delhi, ÖB

Paris, ÖB Peking, ÖB Prag, ÖB Pretoria, ÖB Pristina, ÖB Riyadh, ÖB Rom, ÖB Sarajewo, ÖB Seoul, ÖB Sofia, ÖB Stockholm, ÖB Teheran, ÖB Tallin, ÖB und KF Tel Aviv, ÖB Zagreb sowie einige Kobüs beteiligten sich an der Kampagne durch Aktionen auf ihrer Website bzw. Social Media Kanälen.

- Auch auf den Social-Media-Kanälen der ADA wurde täglich ein von der OEZA unterstütztes Projekt vorgestellt. Damit soll das allgemeine Bewusstsein für die Problematik erhöht und die umfassenden relevanten Maßnahmen der Partnerorganisationen der OEZA zur Bekämpfung von geschlechtsbasierter Gewalt in den ADA-Partnerländern vorgestellt werden.

1.3. Gemeinsame Aktivitäten im EU-Verband

Zahlreiche Aktivitäten wurden gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten im EU-Verband durchgeführt. Beispielhaft seien hier genannt:

- Auf Initiative der ÖB Beirut erfolgte eine gemeinsame Aktion der EU-Botschaften: Unter Federführung von Dänemark und der VN wurde ein gemeinsames Op-Ed entworfen und veröffentlicht sowie eine gemeinsame Social-Media Kampagne durchgeführt.
- Auf Initiative der ÖB Nikosia am 25. November die Teams der Botschaften von Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland orange gekleidet. Ein gemeinsames Foto davon wurde auf Social-Media zirkuliert. Am 26. November organisierte Parlamentspräsidentin Annita Demitriou eine „Orange-the-World“-Veranstaltung im Parlament mit den insgesamt nur acht weiblichen Abgeordneten und den insgesamt zwölf in Nikosia akkreditierten Botschafterinnen. Dieses Ereignis fand auch in den Medien Beachtung.
- Die ÖB Peking nahm an der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen an der EU-Delegation Peking, wo eine Paneldiskussion zum Thema „Eradicate Violence against Women: Our common goal“ stattfindet, teil.

1.4. Andere Aktivitäten

- Die ÖB Ankara beteiligte sich an einer Videocollage der Stadt Izmir und an einem Treffen mit Vertreterinnen der „Plattform gegen Femizid“.
- Die ÖB Brüssel und die ÖB Buenos Aires beflaggten das Amtsgebäude und die Residenz während des Aktionszeitraumes in orange.

- Das KF Budapest schloss sich einer Solidaritätskundgebung für die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt an. Dabei wurde ein Interview mit einer Vertreterin der NGO NANE (Frauen für Frauen gemeinsam gegen Gewalt) zu den Themen geschlechtsbasierte Gewalt in Ungarn und der Situation von Frauen in der COVID-19 Pandemie geführt. Ein Video wurde auf Social-Media-Kanälen geteilt; dabei wurde auch auf den landesweiten Frauennotruf aufmerksam gemacht.

2. Internationaler Frauentag am 8. März

- Zahlreiche Vertretungsbehörden beteiligten sich an der Social Media Kampagne #womentothetop, die zum Ziel hatte, erfolgreiche Auslandsösterreicherinnen vor den Vorhang zu holen und als „Role model“ vorzustellen. U.a. beteiligten sich das KF Berlin, die ÖB Buenos Aires, ÖB Chisinau, ÖB Kopenhagen, ÖB Luxemburg, ÖB Ottawa, ÖB Paris, ÖB Pristina, ÖB Rom, ÖB Sofia sowie die ÖB Tirana an dieser Aktion.
- Seit 2001 findet das Festival „Tricky Women/Tricky Realities“ Anfang März – rund um den internationalen Frauentag – statt und legt dabei den Fokus auf Animationsfilme von Frauen. Neben einem Wettbewerb bietet das Festival in thematisch immer wieder neu ausgerichteten Spezialprogrammen und Retrospektiven einen einzigartigen Überblick über das Animationsfilmschaffen von Künstlerinnen aus aller Welt und österreichischen Filmemacherinnen. Historische Raritäten und aktuelle Produktionen stehen gleichermaßen auf dem Programm. Zahlreiche Kulturforen beteiligten sich an dieser Aktion.
- Die Ausstellung „Kalliope Austria- Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft“ rückt die letzten 200 Jahre anhand der Biographien bedeutender Österreicherinnen, die ihr Land mitgeprägt und bereichert haben - Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen, Frauenrechtlerinnen, Politikerinnen, Schauspielerinnen, Musikerinnen, Regisseurinnen - in den Mittelpunkt. Der Bogen spannt sich dabei vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Den roten Faden bildet die Emanzipation der Frau. Es zeigt sich aber auch deutlich, dass Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist und es noch einiges zu tun gibt. Zahlreiche Kulturforen beteiligten sich an dieser Aktion.
- Beispielhaft sei die Aktivität des KF New York angeführt, das sich an der Social-Media-Kampagne zum Weltfrauentag mit EUNIC-Partnern beteiligte: Unter dem Hashtag #OurHeroines wurden Geschichten von inspirierenden Frauen vorgestellt, die sich für eine gerechtere Welt einsetzen. Als Beitrag des KF New York wurde die österreichische Autorin und Wissenschaftlerin Gerda Lerner (1920 – 2013), akademische Wegbereiterin für eine „Women’s History“ in den USA und eine der Gründungsfiguren frauenzentrierter Geschichtswissenschaften, vorgestellt.
- Die ÖB Beirut, ÖB Berlin, KF Brüssel, KF Budapest, ÖB Chisinau, ÖB Dublin, ÖB Kopenhagen, ÖB Luxemburg, KF Ottawa, ÖB Pristina, ÖB Tirana sowie die ÖB Zagreb veranstalteten ein Online-Konzert des Trios ARTIO anlässlich des Internationalen Frauentags. Beispielhaft seien folgende weitere Aktivitäten anlässlich des Internationalen Frauentags angeführt:

- o Die ÖB Heiliger Stuhl übernahm die Schirmherrschaft über ein von der Weltunion katholischer Frauenverbände (WUCWO) gemeinsam mit dem Päpstlichen Rat für Interreligiösen Dialog sowie dem Frauenrat des Päpstlichen Kulturrates organisiertes Seminar am 3. März. Im Zentrum des Seminars, an dem die österreichische Botschafterin teilnahm, standen die Erörterung der Bedeutung und die Rolle von Frauen bei der Umsetzung der Enzyklika von Papst Franziskus über die Geschwisterlichkeit.
- o Die ÖB Lima organisierte zwei Fahrradaktionen, um das Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen und Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum zu fördern. Die österreichische Botschafterin eröffnete gemeinsam mit der philippinischen Vizepräsidentin Leni Robredo die Veranstaltungen in Manila und Quezon City und nahm auch aktiv an den symbolischen Radtouren teil.
- o Die österreichische Botschafterin in Prag nahm an einem Treffen mit dem damaligen Außenminister Tomáš Petříček zum Internationalen Frauentag, mit der weißrussischen Oppositionsführerin Svjetlana Tsihnanouskaya am 7. Juni und Außenminister Jakub Kulhánek am 17. September teil.
- o Das KF Teheran organisierte das KF als einzige Institution aus Anlass des - im Iran nicht begangenen Internationalen Frauentags – digital und analog eine öffentliche Veranstaltung - eine Ausstellung von vier Künstlerinnen aus Österreich und dem Iran.
- o Als Beitrag zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinsbildung organisierte das KF Tel Aviv eine Videoprojektion im öffentlichen Raum. Dabei wurde das Videokunstwerk „Cycle“ in Tel Aviv auf ein im Umbau befindliches Gebäude projiziert. Das Werk ist ein ausdrucksstarker Aufruf zum Durchbrechen des Gewaltkreislaufes, dem Opfer häuslicher Gewalt vielfach ausgesetzt sind.

3. Netzwerkpflge

Der Aufbau und die Pflege eines guten Netzwerkes sind von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung der WPS-Agenda. Daher pflegen die österreichischen Vertretungsbehörden regelmäßige Kontakte mit weiblichen Mitgliedern von Regierungen, Parlamenten sowie Stakeholderinnen aus Wirtschaft, Kunst, Kultur und Wissenschaft, Journalismus und vielen anderen Bereichen. Weiters erfolgt eine regelmäßige Beteiligung an folgenden Initiativen:

- o Koordinierungstreffen der EU-Delegation/Menschenrechtsgruppen vor Ort;
- o Kontakte zu Gender Focal Points der EU-Delegation bzw. innerhalb der GSVP-Missionen und Operationen bzw. zu UN Women;
- o Teilnahme an Netzwerken, die die Selbstermächtigung von Frauen zum Ziel haben („Gender Champions“, „Women Ambassadors, Business Women etc.);
- o Zusammenarbeit mit „youth activists“/ Förderung der Arbeit junger Frauen. Geschlechterparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen der Vertretungsbehörden;
- o Weiters wird von zahlreichen Botschaften proaktiv eine geschlechterparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen der Vertretungsbehörden verfolgt.

4. Berichterstattung zur Situation der Frauenrechte im Empfangsstaat

Die österreichischen Vertretungsbehörden berichten regelmäßig über die Situation der Frauenrechte im Empfangsstaat. Weiters werden frauenspezifische Themen im Rahmen von Vorschlägen zu UPR-Überprüfungen des Gastlandes regelmäßig berücksichtigt.

5. Andere Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturforen

ÖB Abu Dhabi

• Die ÖB Abu Dhabi empfing regelmäßig Besuche von Organisationen und Initiativen, die die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) fördern. Insbesondere erfolgten diese Besuche im Rahmen von Delegationsreisen aus Österreich:

- o Frauenpavillon auf der Weltausstellung EXPO 2020 Dubai;
 - o Jugendpavillon auf der Weltausstellung EXPO 2020 Dubai: Dieser soll durch das „vor den Vorhang-Holen“ von erfolgreichen Frauen insbesondere jungen Frauen Mut machen, einflussreiche Positionen in Politik und Wirtschaft anzustreben.
 - o Führungen im Frauenmuseum Dubai mit der Gründerin Dr. Raifa Obaid Ghubash.
- Weiters erfolgten - im Rahmen von Delegationsreisen aus Österreich - Zusammenreffen mit weiblichen Vertreterinnen der VAE wie beispielsweise der Staatsministerin für Internationale Kooperation Reem Al Hashimy und Dr. Raifa Obaid Ghubash.

ÖB Addis Abeba

- Am 29. Juli nahm die ÖB am Abschlussevent des von der EU finanzierten Projekts „Bridging the Gap“ teil, das unter der Implementierungsverantwortung der ADA in Äthiopien umgesetzt wurde. Die ADA und Finnland kofinanzierten das Projekt der „International Ibero-American Foundation for Administration and Public Policies“ (FIIAPP). Die ÖB präsentierte die Ergebnisse des Projekts. „Bridging the Gap“. Dieses zielte primär auf die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Entwicklungs- und Schwellenländern ab, stärkt Behindertenrechtsorganisationen und die Förderung der sozio-ökonomischen Inklusion und erreichte damit in Äthiopien zu einem großen Anteil Frauen. Im Rahmen des Abschluss-Events zeigte sich dies anhand der regen Teilnahme vieler weiblicher Begünstigter und Vertreterinnen von lokalen Inklusionsorganisationen.
- Darüber hinaus erfolgt der Großteil der Aktivitäten zur Umsetzung von Resolution 1325 im Amtsbereich traditionell im Rahmen der Projekte des ADA-Koordinationsbüros in Addis.

ÖB Amman

- Die ÖB führte ein Nord-Süd-Botschaftsprojekt mit der lokalen NGO „7Hills“ im Bereich Kultur & Entwicklung durch. Durch die Einbindung von mindestens 50 % Frauen in die Aktivitäten des Programms - Skateboarding -Kurse und Handwerkworkshops – wurde das Ziel der Selbstermächtigung von Mädchen und jungen Frauen durch nicht den gängigen Klischees entsprechende Aktivitäten und gemischte Gruppenaktivitäten verfolgt.

ÖB Ankara

- Die ÖB verfolgte laufend die Situation der Frauenrechte in der Türkei, insbesondere vor dem Hintergrund des Austritts der Türkei aus der Istanbul-Konvention (IK) mit 1. Juli. In diesem Zusammenhang erfolgte eine verstärkte Koordination und gemeinsame Aktivität von gleichgesinnten Staaten, die sich vermehrt um Dialog zum Thema Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt bemühen. Von dieser Gruppe ausgehend erfolgten u.a. folgende Initiativen:

- o 11. Mai: Initiative zu einem Meinungsbeitrag (opposite Editorial, Op-Ed) von insgesamt 19 Botschafterinnen und Botschaftern anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Istanbul-Konvention sowie des Austritts der Türkei.
- o 28. Juni: Teilnahme des österreichischen Botschafters gemeinsam mit elf gleichgesinnten Staaten an einem Treffen zum Thema Frauenrechte bzw. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit Abgeordneten im türkischen Parlament sowie mit Expertinnen und Experten und Vertreterinnen und Vertretern von NGOs.
- o 12. April: Videokonferenz gleichgesinnter Länder, der EU und UN WOMEN Ankara mit der Präsidentin der Föderation türkischer Frauenverbände (TKDF), Canan Güllü, und der ehemaligen Vorsitzenden des CEDAW-Ausschusses 2003-2005 sowie der Gruppe der Expertinnen und Experten für Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO); 2015-2019 der IK, Prof. em. Feride Acar.
- o 2. Dezember: Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der “Platform Against Femicide“

- Die ÖB nahm an folgenden Veranstaltungen teil, die die Selbstermächtigung von Frauen zum Inhalt hatten:

- o 27. Jänner: Virtuelle Verleihung des Menschenrechtsawards der kanadischen Botschaft in Ankara an Prof. Yakın Ertürk zum Thema “Promoting women’s rights

and advancing gender equality in Turkey and internationally: Progress made, remaining challenges and recommendations for the future”.

- o 23. Februar: Präsentation des EU Gender Action Plan III (2021-2025) der EU-Delegation Ankara.
- o 4. März: “Addressing the Climate Emergency on International Women’s Day through the Eyes of Influential Women in Turkey”, veranstaltet durch die britische Botschaft und das “Chevening Awards Programm” in Ankara.
- o 4. März: Virtuelle Veranstaltung, organisiert durch die niederländische Botschaft in Ankara mit dem Titel “Stories that have Melodies, Women who have Stories”.
- o 4. März: Webinar der britischen Botschaft anlässlich des Weltfrauentages zum Thema Frauen und Nachhaltigkeit bzw. Umweltschutz.
- o 25. März: Virtueller runder Tisch zum Thema “Understanding and responding to the impact of the COVID-19 pandemic on our efforts to promote women’s rights and gender equality”, veranstaltet von UN WOMEN und der kanadischen Botschaft.
- o 9. November: Paneldiskussion der britischen Botschaft zum Thema “Gender und Klimawandel“.
- o 29. November: Paneldiskussion der niederländischen Botschaft zur Rolle von Frauen in der Terrorismusbekämpfung.

ÖB Athen

• Die österreichische Botschafterin nahm an der Eröffnung der Ausstellung „She’s gone. Art protesting violence against women“ teil, in der Künstlerinnen auf das Verschwinden von Frauen aufmerksam machen. Die Ausstellung stand unter der Schirmherrschaft der Präsidentin der Hellenischen Republik, Katerina Sakellariopoulou. Die ÖB hat zudem Initiativen im Gaststaat – beispielsweise ein Projekt der Sensibilisierung der griechischen Polizei gegenüber Gewalt gegen Frauen - durch Inhalte in den sozialen Medien unterstützt.

• Die ÖB hat zudem mit der griechischen Komponistin Konstatia Gourzi, die die erste weibliche Artistin „in Residence“ in Graffenegg war, Konzerte organisiert und umgesetzt.
ÖB Belgrad

- In fortgesetzter Kooperation mit UN WOMEN Serbien im Rahmen der Workshop-Reihe zum Thema „Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt in der Familie“ fanden erneut Webinare statt. Zielgruppe sind serbische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des serbischen Innenministeriums, Gesundheitsbehörden sowie vereinzelt serbische NGOs aus Belgrad und den Regionen. Die ÖB führte mit Unterstützung der serbischen Justizabteilung im Berichtszeitraum zwei weitere Webinare durch:

- o 13. April: Webinar mit Polizeibeamtinnen und -beamten über die Erfahrungen und die praktischen Aspekte der Arbeit der Polizei bei häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Der Fokus lag auf der Umsetzung neuer Maßnahmen in Österreich (z. B. Sicherheitszone um Opfer), der Risikobewertung sowie der Zusammenarbeit in Hochrisikofällen (Fallkonferenzen).
- o 13. Oktober: Webinar zum Thema “Practice in Cases of Domestic Violence Faced by Female Victims – “Case conferencing” – Rules, Management and Practice” in Kooperation mit den Gewaltschutzzentren Steiermark. Der Fokus lag auf der Praxis der Evaluierung von Fällen und ihrer Einstufung als „Risikofälle“, die besonders gefährlich und sogar lebensbedrohlich sind.

- 17. Mai: Die ÖB organisierte gemeinsam mit UN WOMEN Serbien ein Side-Event zur 30. Sitzung der UN Commission on Crime Prevention and Criminal Justice (UNCCPCJ) mit dem Titel “Special event: Cases of domestic violence – challenges faced by female victims”. Der Workshop zum Thema “Komponenten des Opferschutzes” fand in hybrider Form bei den VN Vienna und auf Zoom statt.

- 28. Oktober: Teilnahme der ÖB an der Nationalen UN WOMEN Conference on combating sexual violence und Eröffnung des zweiten Konferenztages.

- Regelmäßige Teilnahme der ÖB und Eröffnung von Konferenzen und Veranstaltungen des Roten Kreuzes im Rahmen des Projekts „Empowerment of older women: preventing violence by challenging social norms in Serbia and Austria“ sowie deren Eröffnung.

- 31. März: Teilnahme und Präsentation bei Online-Konferenz „Gender Analysis of COVID-19 Response Measures in Serbia“.

- Im Rahmen eines Süd-Nord-Botschaftsprojekts mit dem von der NGO Atina betriebenen Bagelshops „Bagel Bejgl“ wurden von Juli bis November vier Wirtschaftstrainings sowie individuelle Beratungssitzungen für elf von Gewalt betroffenen Frauen organisiert. Besonders positiv erscheint, dass daraufhin drei Frauen eine Arbeit im Privatsektor im Bereich der Hotellerie bzw. Gastronomie finden konnten.

KF Belgrad

- Das KF organisiert regelmäßig Veranstaltungen, welche die Mitwirkung von Frauen bei demokratiepolitischen Fragen thematisieren.
- September: Im Rahmen des Österreichischen Filmfestivals über Frauen im Film wurden etwa „Gipsy Queen“ und „Mädchen am Kreuz“ gezeigt, die sich mit Menschenhandel und sexueller Gewalt auseinandersetzen.
- Dezember: Unterstützung des Projekts „Dosta Dosta“ der österreichischen Künstlerin Julia Novacek, welches die Tradition der Klagefrauen am Balkan und das politische Engagement der Antikriegsbewegung „Frauen in Schwarz“ behandelt.

ÖB Beirut

- Die ÖB hatte regelmäßig Kontakt mit VN-Organisationen sowie Menschenrechtsorganisationen, insbesondere auch zum Thema Frauenrechte. Weiters wurde ein Kontakt mit der Frauenschutzorganisation „KAFA“ hergestellt und deren Material sowie die Frauen-Notrufnummer beim Konsularschalter hinterlegt.
- Fortführung des etwa einmal im Monat tagenden „EZA-Stammtischs“ mit den lokalen Leiterinnen von Caritas, ÖRK, SOS-Kinderdörfern, Hilfswerk Austria sowie Einbindung der Leiterin der österreichischen Feuerwehr-Einheit der Interimstruppe der VN im Libanon (UNIFIL).
- Jänner: Vorbereitung des UPR Libanon, einschließlich frauenspezifischer Themen, beispielsweise der Situation von Migrantinnen und Hausangestellten.
- 1. und 2. Juni: Schulungsworkshop im Rahmen eines Kulturprojekts der ÖB, durchgeführt durch die Deutsche Akademie der Künste (DAK) und finanziert aus Mitteln des Zukunftsfonds und des Auslandskulturbudgets der ÖB. Der Workshop in den Bereichen „Multilaterale Verhandlungsführung“ und „Menschenrechte“ richtet sich an zwanzig Jungdiplomatinnen und –diplomaten des libanesischen Außenministeriums, darunter 63 % Frauen.
- 24. Juni: Im Rahmen des Besuchs von Bundesministerin Tanner wurde diese mit den Leiterinnen des Österreichischen Roten Kreuz (ÖRK), SOS-Kinderdörfern und Hilfswerk Austria vernetzt und von diesen über deren Tätigkeiten informiert.

ÖB Berlin

- Am 14. Juni lud die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) Berlin zum Thema „Diversity und Gleichstellung“. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) Berlin lud zu einem interaktiven Webinar, das lokale Expertinnen und Experten zum Thema „Diversity Management“ in Unternehmen zusammenbrachte. Unter anderem wurde die Frage erörtert, warum sich die Berufstätigkeit eines Großteils der Frauen nicht in den Führungsetagen großer Unternehmen widerspiegelt und es nur einen geringen Anteil von Frauen in den Dax-30-Unternehmen gibt.
- Frauen in der Wirtschaft am 18. und 19. Oktober: Rund 35 Mitglieder der Interessensvertretung der österreichischen Unternehmerinnen, „Frau in der Wirtschaft“, unter der Leitung der WKÖ-Vizepräsidentin besuchten Berlin, um Marktchancen auszuloten, Netzwerke zu pflegen und Frauen in der Wirtschaft zu stärken. Im Rahmen des Besuchs lud der österreichische Botschafter zu einem Netzwerkkempfang an der ÖB ein.
- 11. Februar, Internationaler Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft: In einem Instagram Video wurden die Frauenschwerpunkte der Auslandskulturarbeit präsentiert.

KF Berlin

- Vom 13. Jänner bis 29. August war die Ausstellung „Schalom Sisters*! Jüdisch-feministische Positionen“ im Jüdischen Museum Augsburg-Schwaben und seinen Außenstellen zu sehen. Die Ausstellung verbindet künstlerische Positionen internationaler Künstlerinnen und Künstler mit kulturgeschichtlichen Themen. In der Ehemaligen Synagoge Kriegshaber ging es beispielsweise um das Verhältnis von jüdischer Tradition und Feminismus, von der Verdrängung der jüdischen Frau aus dem Gebetraum bis zu Fragen der Reinheit
- Von Mitte Jänner bis April gab es einen Schwerpunkt im Rahmen der „CINEMATHEK Österreichisches Kulturforum Berlin“: Fünf Produktionen rückten das kreative Schaffen von größtenteils österreichischen Filmemacherinnen aus unterschiedlichen Generationen in den Fokus. Das Programm „f wie frei denken. – Österreichische (Ko)produktionen weiblicher Filmemacherinnen im Blick“ bestand aus dokumentarischen, szenischen und animierten Produktionen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt das Programm am 15. Februar. 10 Animationsfilme von 1970 bis 2019, die die Vielfalt der österreichischen Animationskünstlerinnen verschiedener Generationen einem breiteren Publikum präsentierten, wurden gezeigt und in der Berliner Zeitung besprochen
- Vom 22. August 2021 bis 16. Jänner 2022 wurde die Klangerbeit TONSPUR 85 „Der Wolf in uns“ der bekannten feministischen Künstlerin Valie Export in der renommierten Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim präsentiert.

- „Frauen in der Wissenschaft“ war am 14. Oktober Thema des 3. Salons „Wissenschaft und Kultur im Gespräch.“ In Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) wurde die Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft, weibliche Rollenvorbilder, der künstlerische Umgang mit der Frage nach der Rolle von Frauen in der Wissenschaft und Vorbilder für die Zukunft diskutiert. Vortragende waren Dr.in Nicole Amberg, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) sowie Hertha-Firnberg, Postdoc-Stelleninhaberin am Institute of Science and Technology Austria.

ÖB Brasilia

- Der österreichische Beitrag an UN WOMEN Brasilia in der Höhe von 50.000 EUR wurde im Berichtsjahr zur Stärkung und Kapazitätsbildung von indigenen weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen umgesetzt. Der österreichische Beitrag wurde in erster Linie für folgende Zwecke eingesetzt:
 - o Einrichtung eines landesweiten Netzwerks für indigene Frauen, die Organisation der ersten parlamentarischen Anhörung indigener Frauen in Brasilien;
 - o Möglichkeit für indigene Aktivistinnen, sich in wichtigen internationalen Foren wirksam für die Menschenrechte indigener Frauen einzusetzen;
 - o Organisation des 2. Indigenen Frauenmarsches im September 2021 in Brasília durch ANMIGA und die Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens (APIB), an der 7.000 Teilnehmerinnen von 185 indigenen Völkern teilnahmen, um die Achtung der Rechte indigener Frauen und indigener Völker zu fordern und die Zusammenarbeit und das Netzwerk zwischen den in verschiedenen Landesteilen Brasiliens lebenden Frauen zu fördern.
 - o Die Frauen haben zudem eine Resolution zu ihren Forderungen im brasilianischen Nationalkongress eingebracht und damit neben einer öffentlich-gesellschaftlichen auch eine parlamentarische Debatte zum Thema angestoßen, deren konkrete Ergebnisse sich wohl erst in einigen Jahren materialisieren werden.

ÖB Brüssel

- Am 2. Februar nahm die österreichische Botschafterin an dem von der irischen Botschaft in Brüssel veranstalteten „St Brigid's Day“-Webinar zur Förderung der Rolle der Frau in Wissenschaft und Medizin teil.

- Am 18. Mai erfolgte ein bilateraler virtueller Austausch der österreichischen Botschafterin mit Sarah Schlitz, der belgischen Staatssekretärin für Geschlechtergleichstellung, Chancengleichheit und Diversität. Thema waren u.a. die Prioritäten des belgischen Regierungsprogramms im Bereich der Chancengleichheit, aktuelle Herausforderungen im Zusammenhang mit der Gleichstellung in Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen, Bestrebungen zur Etablierung eines Aktionsplans zur Bekämpfung der geschlechterbedingten Gehaltsunterschiede, Berücksichtigung der Gleichberechtigung im Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Unterzeichnung einer gemeinsamen europäischen Position zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt als Reaktion auf die Ankündigung des Austrittes der Türkei aus der IK sowie die Revision des nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt 2021-2025 (PAN).

- Am 3. Juni erfolgte die Teilnahme der österreichischen Botschafterin am Webinar „Digital conversation on disarmament, negotiation and female leadership“ auf Einladung von Rose Gottemoeller, ehemalige stellvertretende NATO-Generalsekretärin (DSG), und Dr. Patricia Lewis, Leiterin des Internationalen Sicherheitsprogramms der Denkfabrik „Chatham House“.

KF Brüssel

- Vom 18. März bis 30. Juni nahm die Künstlerin Elisabeth Sula in der Online-Ausstellung „Avantgarde des Bewusstseins“ die Darstellung der COVID-19 Pandemie in den Medien zum Ausgangspunkt, um globale Probleme wie Hungersnöte, Umweltzerstörung und Flüchtlingskrise neu zu betrachten.

- Vom 20. Dezember 2021 bis 31. März 2022 skizzierte die Online-Ausstellung: „Es begann mit Ilse Aichinger 1921 – 2021“ das Leben und Schaffen von Ilse Aichinger, einer der bedeutendsten österreichischen Schriftstellerinnen der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur.

KF Bukarest

- Vom 8. bis 18. Juni wirkte das Kulturforum der Botschaft an der ersten Ausgabe des EUNIC-Filmfestivals Festivals „Cinefemina“ mit, bei dem ausschließlich Arbeiten europäischer Filmemacherinnen zu sehen waren.

ÖB Chisinau

- Am 6. Dezember erfolgte ein Informationsaustausch mit der neuen Innenministerin Ana Revenco. Diese kommt aus der Zivilgesellschaft und war von 2001 bis 2012 Leiterin der NGO „La Strada“, die sich mit der Bekämpfung von Menschenhandels befasst, danach von 2012 bis 2015 Leiterin des Zentrums zur Bekämpfung des Menschenhandels im Generalpolizeiinspektorat von Moldau.

- Koordinationstreffen der Botschafterinnen gleichgesinnter Staaten in Moldau zum Thema Istanbul-Konvention. Ein Treffen erfolgte mit der Leiterin des Außenpolitischen Ausschusses im moldauischen Parlament, Doina Gherman, am 30. November. Ein weiteres Treffen mit der Leiterin des Justizausschusses, Olesia Stamate am 14. Dezember diente der Unterstützung des Ratifikationsprozesses der Istanbul-Konvention in Moldau.

- Am 9. Dezember erfolgte die Übergabe einer Spende von Hygieneartikeln an die Vorsitzende des Frauenhauses Casa Mărioarei im Stadtzentrum von Chisinau, Frau Elena Burca. Im Bereich Kultur

- Ganzjährig: Aufbau der Kooperation mit der NGO-Koalition des unabhängigen Kultursektors, ein Zusammenschluss der kulturellen Zivilgesellschaft in Moldau, unter der Leitung der Kulturmanagerin Rusandra Curca.

- Am 9. September wurde der Film „Wood“ aus dem Jahr 2020 über illegale Abholzung weltweit beim MOLDOX FILM FESTIVAL in Cahul präsentiert. Der Film hat drei Regisseurinnen: Ebba Sinzinger aus Österreich, Michaela Kirst aus Deutschland und Monica Lăzurean-Gorgan aus Rumänien. Ebba Sinzinger war bei der Vorstellung des Films persönlich zugegen und diskutierte anschließend mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über ihr Werk.

Am 16. Oktober las die Autorin Ljuba Arnautović im Rahmen der „Österreich-Tage in Chisinau“ online aus ihrem Roman „Junischnee“.

ÖB Den Haag

- Die ÖB nutzt insbesondere ihren Onlineauftritt auf diversen Social-Media-Kanälen regelmäßig dazu, auf Initiativen und Veranstaltungen im Bereich Frauenrechte, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit hinzuweisen.

ÖB Dublin

Kulturprojekte:

- Finanzielle Unterstützung des Lyrikprojekts „Dännerstag“ des Germanistikinstituts in Limerick. Das Projekt wurde von Frau Dr. Gisela Holfter, der Leiterin des Instituts für Irisch-Deutsche Studien in Limerick betreut.
- Im Rahmen der Zusammenarbeit der Frankophonie in Irland wurden folgende Projekte mit finanzieller Beteiligung der ÖB durchgeführt:
 - o 19. März: Virtuelle Aufführung des Films ‚DHALINYARO‘ (Youth) von Lula Ali Ismail (der Film konnte virtuell bis zum 23. März abgerufen werden);
 - o 26. März: Virtuelle Vergabe des jährlichen Literaturpreises an die Autorin Claire Keegan für „Small things like these“ und die Übersetzerin Jacqueline Odin.
- 17. September: Vorführung des Films „Elfie Semotan - Photographer“ (ein Film von Jörg Burger) im Rahmen von EUNIC und des jährlich in Irland stattfindenden „Culture Night Trails (virtuell). Der Film war vom 16. September bis 3. Oktober via Botschaftswebseite abrufbar.
- Vorführung der folgenden Filme beim 66. „Cork International Film Festival“ (CIFF) im November: „What a Family Can Do“ von Sybille Bauer; „The Mirror of Maya Deren (im Spiegel der Maya Deren)“ von Martina Kudláček / Österreich, Schweiz, Tschechien, Deutschland.

ÖB Islamabad

- Pakistan: Gewalt gegen Frauen ist auch in Pakistan allgegenwärtig, regelmäßig kommt es zu Femiziden – der Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts - oder Massengewalttätigkeiten. Frauen sind de facto nicht voll geschäftsfähig, können z.B. nicht selbst am Markt von ihnen produzierte Landwirtschaftsprodukte verkaufen. Ein einschlägiges EU-Projekt hat dies nun erstmals geändert; weitere sollen folgen.
- Die ÖB war auch bei der größten pakistanischen Menschenrechtskonferenz „Asma Jahangir“ in Lahore vertreten und hat sich im Rahmen der Bemühungen der EU-Delegation bei der Vorbereitung beteiligt.
- Mit der Freeride-Weltmeisterin Nadine Wallner konnte von der ÖB in Kooperation mit Red Bull ein weibliches „role model“ im Spitzensport vorgestellt werden; zum Roundtable erschienen zahlreiche junge Frauen, die auch Spitzensportlerinnen werden wollen.
- Im Kulturbereich wurden Budgetmittel für die digitale Wanderausstellung „KALLIOPE Austria – Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft“ reserviert. Diese werden bei geplanten Kulturaktivitäten gezeigt, wie z.B. bei dem Lahore Literary Festival und in der PAK-Austria Fachhochschule in Haripur.

ÖB Jakarta

- Der österreichische Botschafter beteiligte sich am „no-Mannels Pledge“, bei dem sich zahlreiche gleichgesinnte Botschafter medienwirksam verpflichteten, in Zukunft an keinen Panels ohne weibliche Mitglieder teilzunehmen. Dies wurde auf sämtliche Botschaftsbedienstete ausgeweitet.
- Intensiver Austausch mit UN WOMEN, UNFPA und UNICEF, u.a. im Bereich weibliche Genitalverstümmelung.

ÖB Kopenhagen

- 16. April: Online-Salonkonzert mit den drei Wiener Künstlerinnen Arabella Fenyves, Angelina Georgiadi und Ineke Hellingman.
- 3. Juni: Digitale Lesung von Buch „Splithead“ von Bestseller-Autorin Julia Rabinowich im Rahmen des Jewish Culture Festival Copenhagen.
- 11. November: Facebook-Post/Einladung zum Damen-Basketball in Gentofte, Dänemark. Die österreichische Nationalmannschaft traf im Rahmen der Qualifizierung zur Eurobasket 2023 auf die dänische Nationalmannschaft.
- Vom 3. bis 17. Dezember war online eine Lesung von Bettina Rossbacher über die österreichische Schriftstellerin Hilde Spiel zugänglich.

ÖB Lima

- Bei dem von der ÖB geförderten und von/mit der lokalen NGO FOVIDA umgesetzten Nord-Süd-Botschaftsprojekt betreffend COVID-19 Prävention in einem Armenviertel von Lima bestand ein spezifischer Gender-Schwerpunkt. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die aktive Einbeziehung der Frauen in der betreffenden Gemeinschaft gelegt.

ÖB London

- Die ÖB nahm regelmäßig an Veranstaltungen zu Resolution 1325 teil und tauschte sich mit Mitgliedern des Parlaments zu Aktivitäten zur Umsetzung von Resolution 1325 (All-Party Parliamentary Group for the Prevention of Sexual Violence in Conflict Initiative) aus.

- Die Thematik wurde im Rahmen des Netzwerkes der Auslandsösterreicherinnen und -österreicher, u.a. mit Fokus auf Sichtbarkeit von Frauen in Entscheidungspositionen, aufgebracht. Die ÖB London war am 23. Jänner Gastgeberin der „Female Leadership Series“ des „Austrian Club London“ zum Thema: „Success & Challenges in Male-Dominated Industries“.

KF London

- Taboo: TABOO beschäftigt sich mit der Doppelmoral der Gesellschaft im Damals wie im Heute. Vor dem Hintergrund der historischen Figur Käthe Petersens werden Begriffe wie sexuelle Selbstbestimmung der Frau sowie die Utopie des idealen Frauenbilds zur Diskussion gestellt.
- Glory to the Queen: Der Debütfilm von Anna Khazaradze erzählt über den Aufstieg und das Verweilen von georgischen Frauen in der Schachweltmeisterinnenriege für knapp 30 Jahre. Nona Gaprindaschwili, Maia Tschiburdanidse, Nana Alexandria und Nana Iosseliani dominierten als Spitzenspielerinnen die Schachszene vom Beginn der 1960er bis zum Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre und holten den Weltmeistertitel zehn Mal hintereinander nach Georgien. Die Vorurteile und Schwierigkeiten, die den vier Frauen in der männerdominierten Schachszene entgegengebracht wurden, ziehen sich wie ein roter Faden durch die Dokumentation.

ÖB Manila

- Die ÖB setzte wie in den vergangenen Jahren ihre aktive Mitwirkung anlässlich des Internationalen Frauentages fort und beteiligte sich an der Organisation und Ausrichtung der virtuellen Ausgabe des Frauengipfels ‚#Women2021: Women In Action‘. Der Gipfel setzte sich in zahlreichen Webinaren mit aktuellen Themen wie Frauen und „nation building“ und der Beteiligung von Frauen am globalen Fortschritt Post-COVID-19 auseinander; die österreichische Botschafterin hielt unter dem Segment ‚#Women2021 - The Other Woman: Frauen und Vielfalt‘ eine Grundsatzrede. Die virtuelle Konferenz stellte dank der Mitwirkung zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors, des Bildungssektors, der Zivilgesellschaft und Internationaler Organisationen zahlenmäßig die größte und medienwirksamste Veranstaltung zum Frauentag auf den Philippinen dar. Die Veranstaltung bot eine wichtige Gelegenheit, die österreichischen Menschenrechtsprioritäten und Aktivitäten zur Förderung der Frauenrechte auf den Philippinen einem breiten Publikum zu präsentieren.
- Die ÖB setzte ihr Engagement gegen geschlechtsspezifische Gewalt mit besonderem Fokus auf Frauen und Kinder als Opfer des Menschenhandels fort und startete anläss-

lich des Welttages gegen Menschenhandel die einjährige Kampagne „We Stand As One: Campaign Against Human Trafficking“. Die Veranstaltungsreihe wurde von der österreichischen Botschafterin gemeinsam mit der philippinischen Tourismusministerin und der philippinischen Bildungsministerin eröffnet und behandelte in diversen Events – u.a. Online-Filmfestival, Kreativworkshop und Webinarreihe - die Themen Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung und Missbrauch von Kindern im Internet sowie im Tourismus und Reiseverkehr.

- Die ÖB organisierte anlässlich des Internationalen Tags des Mädchens den zweitägigen Online-Ideenwettbewerb „Girls STEM Academy; Digital Generation - Our Generation“. Das Projekt zielte in Zusammenarbeit mit der philippinisch-österreichischen Kultur- und Bildungsgesellschaft, lokalen Universitäten und NGOs darauf ab, Geschlechterstereotypen in der MINT-Branche aufzubrechen, die wichtigsten Herausforderungen aufzuzeigen und den Zugang von Frauen und Mädchen zu MINT-Bildung und Karrieremöglichkeiten zu fördern. Österreichische Expertinnen informierten über die bewährten Praktiken in der MINT-Ausbildung und beleuchteten unterschiedliche Karrierewege in den MINT-Fächern in Österreich und den Philippinen.

- Die ÖB realisierte in enger Kooperation mit drei vertriebenen indigenen Ethnien im Süden des Landes die kreative Wandinstallation „Smile At A Common v3 with the Indigenous People of Mindanao“. Das interkulturelle Wandbild, das von österreichischen und philippinischen Künstlerinnen und Künstlern gemeinsam konzipiert wurde, zielte darauf ab, das Bewusstsein für die Rechte von Minderheiten und Vertriebenen in den Philippinen zu stärken.

- Als Teil des Förderprogramms „Süd-Nord-Botschaftsprojekts: Kultur und Entwicklung“ des BMEIA unterstützte die ÖB folgende Projekte:

- o Das Projekt „Empowering Young People to Reduce Teen Pregnancy“ in der Provinz Palawan: Im Mittelpunkt der Initiative standen Schulungsprogramme zur reproduktiven Gesundheit für junge Mädchen und Frauen, um die hohen Raten von Jugendschwangerschaft, Müttersterblichkeit und HIV in der Provinz zu bekämpfen. Der österreichische Förderbeitrag diente vor allem dazu, jungen Menschen den Zugang zu wissenschaftlich fundierten Online-Informationen über sexuelle Gesundheit zu erleichtern und damit einen wichtigen Beitrag zur Sexualaufklärung und Verhütung bei Jugendlichen sowie zur Verhinderung von sexuellem Missbrauch und Jugendschwangerschaft zu leisten.

- o Das Projekt „Heilen durch Kunst und Musik: Klangraum Austria“ für Opfer des Menschenhandels: Damit wurden Musikworkshops und Kompetenztraining als Teil eines ganzheitlichen Betreuungs- und Heilungsprogramms für junge Mädchen und Frauen angeboten, um einerseits das Bedürfnis der Opfer nach emotionaler

Zuwendung und persönlicher Sicherheit zu erfüllen, und andererseits neue künstlerische Fähigkeiten und kreative Ausdrucksformen zu vermitteln, um zur Selbstermächtigung von Frauen, zur Inklusivität und Stärkung des sozialen Zusammenhalts beizutragen.

- o Die Initiative „Mothers for Peace“: Countering Violent Extremism through Empowering Mothers as Catalysts of Social Cohesion and Understanding“ in der Provinz Mindanao im muslimischen Süden des Landes: 50 junge Mütter und Frauen in der Gemeinde Madalum, die 2020 von Feuergefechten zwischen den Regierungstruppen und den örtlichen Terrorgruppen betroffen war, wurden im Rahmen von Seminaren und Lerneinheiten in die Bemühungen um Friedenssicherung und Konfliktprävention und in den Kampf gegen Radikalismus und gewalttätigem Extremismus eingebunden.

ÖB Mexiko

- Die ÖB ist Mitglied bzw. hat den (Ko)-Vorsitz der EU-Menschenrechtsarbeitsgruppen „Disappearances/Identification of Victims/Torture“, „Corruption/Impunity/Access to Justice“, „HRDs, Press freedom and protection of journalists“ und „New Technologies and Human Rights“. Im Rahmen der virtuellen Treffen dieser Gruppen wurden im Berichtszeitraum die Bedürfnisse und Rechte von Frauen im Rahmen deren Tätigkeit in oben genannten Feldern gemeinsam mit Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in acht Treffen immer wieder thematisiert.

- Im Rahmen der Süd-Nord-Botschaftsprojekte unterstützte die ÖB die NGO Centro Diocesano para los Derechos Humanos Fray Juan de Larios im Rahmen des Projektes „Aktionen gegen Straflosigkeit und Frauengewalt in Coahuila“. Der mexikanische Bundesstaat Coahuila ist einer der Bundesstaaten mit der höchsten Rate an Gewaltdelikten gegen Frauen und Mädchen. Nach Angaben der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) haben 66,3 % der Frauen im Laufe ihres Lebens bereits zumindest einen Vorfall von Gewalt erlitten, von 2013 bis Anfang 2021 wurden im Bundesstaat Coahuila 123 Femizide gezählt. Das Projekt zielt darauf ab, Fälle von Femiziden in Coahuila zu dokumentieren, Gerichtsverfahren in Fällen von Femiziden rechtlich zu begleiten und das Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schärfen, einen Warnmechanismus für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Coahuila auszurufen. Die Fördersumme beträgt 7.800 EUR.

- Im Rahmen einer informellen Gruppe von in Mexiko akkreditierten Botschafterinnen (dzt. 18) finden immer wieder Treffen mit wichtigen Gesprächspartnerinnen aus Regierung, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft statt. Gemeinsam wurden auch Frauenprojekte in der Stadt Mexiko besichtigt.

- In El Salvador implementiert die ADA seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2022 das Projekt „Jugend und Frauen in El Salvador“ mit dem Ziel einer Reduzierung der sozialen Verletzlichkeit und Gewalt in den zentralen und östlichen Regionen des Landes. Projektträger ist Horizont 3000, die Fördersumme beträgt 158.300 EUR.
- In Nicaragua implementierte die ADA seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 ein Projekt, das auf die Stärkung der technisch-produktiven und organisatorischen, innovativen Kapazitäten junger Bäuerinnen des Corredor Seco zur Gründung von landwirtschaftlichen Kleinunternehmungen abzielte. Projektträger war Horizont 3000, die Fördersumme betrug 49.400 EUR.
- In Guatemala implementierte die ADA seit 1. Jänner 2018 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 das Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft für indigene Landrechte am Lago Atitlán“, Vertragspartner waren Horizont 3000 und Comite Campesino Del Altiplano. Die Fördersumme betrug 41.100 EUR. Projektziel war die Stärkung der Führungskapazitäten vor allem von Frauen aber auch von Jugendlichen (neue Führungsrollen) sowie der Gemeindeältesten zur Verteidigung ihrer Rechte in der Region Cuenca Sur am Lago Atitlán.
- Ein weiteres bis 31. Dezember 2022 von der ADA unterstütztes Projekt in Guatemala zielt auf die gender-fokussierte Stärkung von Kapazitäten zur effektiven juristischen Verteidigung, Begleitung und Schutz von kriminalisierten Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen (MRV) in Guatemala ab. Direkt unterstützt werden 14 offene juristische Fälle von MRV, davon acht Frauen. Projektträger ist Horizont 3000, die Fördersumme beträgt 48.000 EUR.

ÖB Moskau

- Am 7. Dezember organisierte die ÖB zusammen mit der EU-Delegation Moskau ein „Nordkaukasus Forum“ für Botschafterinnen und Botschafter der EU-MS und gleichgesinnter Staaten. Eines der zwei Panels widmete sich der Situation von Frauen im Nordkaukasus. Als Panellistin berichtete eine Vertreterin des „Russian Justice Initiative“ Projekts über Studienergebnisse zum Thema Gewalt gegen Frauen im Nordkaukasus und über ihre Arbeit in der Region.

KF Moskau

- Im Rahmen der Xenia Hausner Ausstellung im Moskauer Pushkin Museum gab es mehrere Diskussionsveranstaltungen, unter anderem zum Thema der „Rolle der Frau in der Kunst“. Unter Online-Teilnahme der Künstlerin selbst entspann sich eine interessante Diskussion mit einem höchst interessierten lokalen, jungen Publikum.

KF New York

- Am 16. Mai fand im Rahmen der „KALLIOPE Austria“ eine Online-Diskussion „The Scheherazade of Photography“ mit Uwe Schögl, Hans Petschar (beide Österreichische Nationalbibliothek, Wien) und Lisl Steiner (geb. 1927, 1938 zur Emigration gezwungen) über Steiners herausragendes Werk der Dokumentarfotografie statt.
- Am 9. Dezember fand unter dem Titel „Outpost Artist Resources“ New York Film Festival eine Filmvorführung „Desire and Revolt“ der Multimediakünstlerin und Filmemacherin Hanna Schaich statt. Der Film behandelt unterschiedliche Ansätze zur Verteidigung, Definition und Dekonstruktion von Identität. Gezeigt wurden Arbeiten von u.a. Janet Biggs, Valie Export, Shiri Faingold, Julia Fuhr Mann und Burner/Lo-Fi/Schaich, welche die Beziehung zwischen Geschlecht, Identität und Gesellschaft untersuchen, hinterfragen oder kritisieren.

ÖB Neu Delhi

Amtsbereich Indien

- Im Rahmen eines Süd-Nord Projekts wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Schulen gesetzt. Dies einerseits durch eine entsprechende Ausbildung der Lehrerinne und Lehrer sowie andererseits durch den Ausbau der Hygieneinfrastruktur, beispielsweise die Errichtung von Handwaschanlage. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, Krankheiten der betroffenen Kinder zu vermindern, die schulischen Leistungen zu steigern und schlussendlich die Kinderarmut zu verringern. Darüber hinaus leistete das Projekt v.a. in COVID-Zeiten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit von Kindern und benachteiligten Gemeinschaften.
- Im Rahmen eines weiteren Süd-Nord-Botschaftsprojekts wurden 100 Kinder in Palam, davon die Hälfte Mädchen, dabei unterstützt, wieder aus der Obdachlosigkeit in eine Schulbildung zu kommen: In Delhi leben zehntausende Menschen auf den Straßen, Gehsteigen und unter Brücken. In Palam wurden Menschen, deren selbst errichteter Slum im Jahr 2016 von den Behörden dem Erdboden gleichgemacht worden war, von ihren Behausungen unter einer Autobahnbrücke vertrieben, weshalb sie nunmehr auf den Gehsteigen ein zu Hause gefunden haben. Die Menschen gehören der Kaste der Unberührbaren an, es fehlen die finanziellen Mittel, um die Kinder in die Schule zu schicken.
- Teilnahme der Missionschefin an der Abschlusszeremonie des Modellprojekts „MotherSchools: Parenting for Peace in Kerala“ der österreichischen NGO „Women without Borders“ (WwB). Diese Organisation wurde 2001 in Wien gegründet und konzentriert sich auf weibliche Führung, Kapazitätsaufbau, geschlechtsspezifische Gewalt, interkulturellen

Dialog und Prävention von gewalttätigem Extremismus. Dabei werden u.a. Mütter als erste Verteidigerinnen gegen Extremismus in ihren Häusern und Gemeinden gesehen und im Rahmen von Weiterbildungen und Netzwerktreffen entsprechend ausgebildet.

- Preisverleihung durch die österreichische Botschafterin an indische Unternehmerinnen im Rahmen einer Gala-Veranstaltung der Österreich Werbung. Die Veranstaltung diente v.a. dazu, indische Unternehmerinnen ins Rampenlicht zu rücken und durch die verliehenen Auszeichnungen deren Rolle in der Gesellschaft zu stärken.

Amtsbereich Bhutan

- Gender Mainstreaming als Querschnittsmaterie im gesamten Arbeitsprogramm des Kobü Thimphu (u.a. Training für 30 Beamtinnen, Capacity Building für Gender Focal Points, Förderung von Gender Responsive Budgeting im bhut. Finanzministerium)
- Aktive Unterstützung und Förderung des EU Gender Action Plan II, z.B. im Zuge von Gesprächen mit politischen EntscheidungsträgerInnen oder bei Lenkungsausschüssen für Projekte. Nachdem das Kobü Thimphu die einzige Vertretung eines EU-MS in Bhutan ist, kommt dieser Unterstützung bei der Umsetzung des EU Gender Action Plan II besondere Bedeutung zu.

ÖB Nikosia

- Am 21. November erschien ein Artikel über Botschafterinnen in Zypern im zypriotischen Magazin „GOLD News“, zu dem auch die österreichische Botschafterin beitrug.

ÖB Ottawa

- Die österreichische Botschaft brachte sich im Rahmen der EU-Koordination bei der Erstellung der „Human Rights and Democracy Country Strategy“ 2021-2024 der EU für Kanada ein - Prioritäten des Dokumentes sind u.a. Geschlechtergerechtigkeit und selbstermächtigung von Frauen.
- Die österreichische Botschaft beteiligte sich an einer EU-Demarche im kanadischen Außenministerium zur Unterstützung der EU-Prioritäten für das 3. Komitee der 76. VN-GV am 5. November - Prioritäten sind u a. Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit.
ÖV UNESCO (Paris)

- Die ÖV unterstützte den Schwerpunkt der Geschlechtergleichstellung, der sich durch alle Sektoren und Aktivitäten der UNESCO zieht. Dies u.a. bei den Verhandlungen zur Achtjahresstrategie sowie zum Programm der UNESCO. Inhaltlich ging es um die stärkere Einbindung von Frauen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kreativwirtschaft, Medien, Information und Kommunikation, zur Sicherheit von Journalistinnen und sozialen Transformationsprozessen einschließlich der Umsetzung von Gleichstellungspolitiken für die Förderung von inklusiven und nachhaltigen Gesellschaften im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Die ÖV nahm regelmäßig an den Treffen der Freundesgruppe zur Geschlechtergleichstellung teil und brachte sich verstärkt bei den Verhandlungen zur UNESCO Empfehlung zur Ethik Künstlicher Intelligenz ein, die im November von der 41. Generalkonferenz angenommen wurde. Die ÖV unterstützte weiters die Arbeit der Freundesgruppe für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten und darüber hinaus die Arbeit der UNESCO im Bereich der Bekämpfung von Online-Gewalt gegen Journalistinnen – dazu veröffentlichte die UNESCO eine weltweite Studie samt Empfehlungen. Die ÖV organisierte weiters im März eine Online-Konferenz zur Bekämpfung der Straffreiheit für Verbrechen gegen Journalistinnen und Journalisten, in deren Rahmen Gewalt im Netz gegen Journalistinnen besonders adressiert wurde.

- Die ÖV unterstützte darüber hinaus die österreichische NGO und offizielle NGO-Partnerin der UNESCO „Women Without Borders“ bei der Zusammenarbeit mit der UNESCO. Diese NGO fördert mit ihren „Mother Schools“ mittels eines „bottom-up“ Prozesses die Partizipation und Ermächtigung von Frauen in Deradikalisierungs- und Friedensprozessen.

ÖB Paris

- Die ÖB nahm an einer Aktion der Stadt Paris zur Bekämpfung von geschlechtsbasierter Gewalt teil: In bestimmten Bäckereien der Hauptstadt wurde während der Kampagne Orange The World jedes Baguette mit einer speziellen informativen Verpackung verkauft. Darauf waren folgende Informationen gegen geschlechtsbasierte Gewalt angegeben: Notrufnummer und -SMS, Nummer für eine Notunterkunft, Nummer eines Hilfsvereins für Opfer von sexueller Gewalt, Homepage der Regierung, Homepage eines LGBTIQ-Vereins, spezielle Nummer für Minderjährige in Gefahr. Auf der Rückseite stand ein „Gewaltbarometer“ mit konkreten Beispielen in drei Farbgruppen grün, orange und rot je nach Situation. Eine Zusammenschau wurde auf dem Twitter-Account der ÖB veröffentlicht.

KF Paris

- Das KF gab die Erstellung französischer Untertitel für vier weitere schreibART ONLINE Lesungen der Österreichischen Gesellschaft für Literatur in Auftrag, wobei auch

diesmal zwei Beiträge von österreichischen Autorinnen, Birgit Birnbacher und Lisa Spalt, stammten.

- Im Rahmen der Ausstellung „Fly, Robin Fly“ wurde das Video „Iris“ von Maria Lassnig gezeigt.

- Im Jänner erfolgte eine Buchpräsentation unter dem Titel „Vienna, Terre d’Accueil“ der in Paris lebenden Künstlerin Elsie Herberstein. An der Podiumsdiskussion nahm u.a. Cecily Corti, die Gründerin von VinziRast in Wien, teil. VinziRast bietet Menschen, die aus verschiedenen Gründen in anderen Einrichtungen nicht unterkommen, eine Notunterkunft, gemeinsame Mahlzeiten und Ansprache. Cecily Corti erläuterte ihre Beweggründe zur Schaffung dieses ausschließlich aus Spendengeldern finanzierten und von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragenen Hilfswerkes und ihren Erfahrungen. Elsie Herberstein verleiht in „Vienna, Terre d’Accueil“ mit ihren Porträts den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von VinziRast ein Gesicht und lässt sie auf zu Wort kommen.

ÖB Peking

- Die ÖB beteiligt sich aktiv an den Treffen der monatlichen EU-Koordinationsgruppe zu den Menschenrechten in China, die sich auch regelmäßig mit der Situation von Frauen und dem Thema Gleichberechtigung beschäftigt.

- Der österreichische Botschafter nahm am jährlichen Treffen mit chinesischen MRV in den Räumlichkeiten der EUDEL Peking anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember teil. Die Botschaft unterstützte zudem ein gemeinsames EU-Statement zur Menschenrechtsslage in China, welches auf der Webseite der Botschaft veröffentlicht wurde.

- Die ÖB thematisiert im Rahmen von bilateralen Vorsprachen die universelle Ratifikation von völkerrechtlichen Instrumenten, insb. ICCPR und ILO Konventionen.

ÖB Prag

- Die ÖB organisierte Veranstaltungen für Topmanagerinnen tschechischer Unternehmen sowie mit der neuen Rektorin der Karlsuniversität, Frau Prof. MUDr. Milena Králíčková, Ph.D.

- Die ÖB stand in einem Gesprächsaustausch mit Michaela Marksová Tominová, frühere Arbeits- und Sozialministerin, Vize-Außenministerin, zu Themen wie Frauen in der Diplomatie und soziale Bedingungen für Frauen in Tschechien.

ÖB Pretoria

- Gemeinsam mit dem Cape Town Holocaust & Genocide Centre wurde vom 20. Juli bis 31. August eine sechsteilige Vortragsreihe zum Thema „Women’s agency during National Socialism“ veranstaltet. Es nahmen insgesamt knapp 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 35 Ländern teil.
- Darüber hinaus waren mehr als die Hälfte der aus dem Kulturkredit der ÖB unterstützten Personen weiblich.

ÖB Pristina

- Allgemein werden die WPS-Agenden eng mit dem ADA-Büro vor Ort betreut und abgestimmt.
- Bei Kulturveranstaltungen der Botschaft wird auf eine ausgewogene Geschlechterbalance geachtet.
- Ein regelmäßiger Austausch und Vernetzung mit der Zivilgesellschaft wird gepflegt:
 - Am 8. November erfolgte ein Abendessen in der Residenz mit der stellvertretenden Parlamentspräsidentin, Saranda Bogujevci sowie ausgewählten Frauenrechtsaktivistinnen und der Leiterin von UN WOMEN Kosovo und dem Kosovo Women’s Network.
 - Am 11. Dezember erfolgte die Teilnahme der ÖB und Keynote Speech bei der Jahrestagung von Kosovo Women’s Network, das auch von ADA finanziell unterstützt wird.
 - Die Botschaft pflegt einen regelmäßigen Austausch mit der NGO „Artpolis“, die sich für Frauenrechte einsetzt.
- Im Rahmen des Süd-Nord-Botschaftsprojektes wurde das FEMArt-Festival der Frauenrechts-NGO Artpolis, das vom 1. bis 6. Oktober stattfand, finanziell unterstützt. Durch die finanzielle Unterstützung konnte u.a. die Erstellung des Berichtes „Call to Action:

Addressing Sexism, Harassment and Sexual Harassment“ finanziert werden, welcher ein Grundlagendokument zu Sexismus und sexueller Belästigung in Kosovo darstellt.

Kobü Ramallah

- Das Kobü Ramallah unterstützte die palästinensische Organisation „Miftah“ bei ihrem Engagement für die Jugend und bei der Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an demokratischen Prozessen und bot Schulungen in Verhandlungskompetenz an. Darüber hinaus unterstützte das Kobü das Forschungsinstitut AWRAD, das eine Meinungsumfrage durchführte, die Aufschluss über die Haltung der PalästinenserInnen zum Friedensprozess und dessen Zusammenhang mit den Wahlen sowie über die Wahrnehmung des Prozesses durch die Frauen gab.
- Das Kobü Ramallah hat an der Entwicklung des Country Level Implementation Plan (CLIP) mitgewirkt und Beiträge geliefert, die für die Berücksichtigung der Friedens- und Sicherheitsagenda für Frauen und der Stärkung der Führungsrolle von Frauen als vorrangige Schwerpunktbereiche in Palästina wesentlich waren.
- Im Rahmen der EU-Debatte über die Operationalisierung des Nexus zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden in Palästina und speziell im Wassersektor hat das Kobü Ramallah eine Aufgabenstellung für eine „geschlechtsspezifische Konfliktsensitivitätsanalyse im Kontext der Operationalisierung des Nexus zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden im Wassersektor in Palästina“ entwickelt.
- Das Kobü Ramallah ermöglichte palästinensischen Frauen, am Führungskräfte-Training der Diplomatischen Akademie teilzunehmen. Die Missionsleiterin nahm an der Eröffnungssitzung des Kurses zusammen mit Dr. Hanan Ashrawi als Vorbild für Führung in Palästina teil.
- Im Zusammenhang mit dem WPHF nahm das Kobü Ramallah an dem im Oktober 2021 einberufenen Lenkungsausschuss des WPHF teil, in dem die Bedeutung von Verbindungen zwischen dem WPHF und dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 in Palästina sowie anderen Programmen zur Förderung der WPS-Agenda sowohl auf kommunaler als auch auf institutioneller Ebene betont wurde.
- Weiters nahm das Kobü Ramallah an dem bilateralen politischen Dialog zwischen der EU und Palästina mit Schwerpunkt auf Menschenrechten und Staatsführung teil.

ÖB Riyadh

- Die ÖB verfolgt, analysiert und berichtet über die Entwicklung der gesellschaftlichen Situation der Frauen bzw. der Frauenrechte in Saudi-Arabien.
- Die ÖB hat vor der Pandemie am ersten von der saudischen Menschenrechtskommission veranstalteten Seminar teilgenommen.
- Die ÖB beteiligt sich aktiv an den Treffen und Diskussionen zur Lage der Frauen in Saudi-Arabien der EU-Menschenrechtsgruppe und der weiter gefassten like-minded Gruppe.
- Die ÖB spricht bei Treffen mit saudischen Einzelpersonen sowie Vertreterinnen und Vertretern saudischer Institutionen die Frauenrechtssituation und verbleibende Problemfelder - beispielsweise die nach wie vor bestehende Vorrechte der männlichen Vormundschaft - an und ermutigt zu weiteren Reformschritten.

ÖB Rom

- Die Botschaft organisierte ein Treffen zwischen Bundespräsident van der Bellen anlässlich seines Rom-Besuchs vom 6. – 8. Juni und der führenden Sicherheitsexpertin Natalie Tocci.

ÖB Sarajewo

- Die ÖB und das KF unterstützten das Frauenfestival in Tuzla im Juni: Die österreichische Botschafterin eröffnete das Event. Im Rahmen der Eröffnung wurde eine Fotografie-Ausstellung der Fotografin Franziska Kreis „Finding Motherland“ präsentiert. Im Anschluss fand eine hybride Diskussion zum Thema des Storytellings in Post-Conflict-Ländern gemeinsam mit der aus Bosnien-Herzegowina stammenden Amra Šabić-El-Reyess, Professorin an der Columbia-Universität und Autorin des Buches „The Cat I Never Named: A True Story of Love, War, and Survival“ (Bloomsbury, 2020) sowie der Leiterin des KF statt. Die Debatte wurde online und über Radio ausgestrahlt.
- Im Rahmen der Auswahl für die fünfte Generation von bosnisch-herzegowinischen Kadettinnen und Kadetten an der Theresianischen Militärakademie wurde 2021 eine Kadettin aufgenommen. Gemeinsam mit ihrer Kollegin aus Montenegro bilden sie die 5. Generation an der Theresianischen Militärakademie. Insgesamt nehmen derzeit vier Kadettinnen in den verschiedenen Jahrgängen an der Ausbildung teil. Der Frauenanteil in den Streitkräften Bosniens und Herzegovinas betrug 2021 8,22%

ÖB Seoul

- Am 11. Mai lud der österreichische Botschafter zu einem Runden Tisch zum Thema „Gender Mainstreaming – aspirations and realities“ mit Diskutantinnen und Diskutanten aus den Bereichen Kultur, Rechtsberufen und Bildung. Die Diskussion zeigte zur Situation von Frauen in Korea u.a. auf, dass Männer bei Berufsbewerbungen für den bloßen Umstand der Ableistung des obligatorischen Wehrdienstes - 21 Monate - Zusatzpunkte im Bewerbungsverfahren erhalten. Dies sei ungleich, denn Wehrdiensterfüllung erbringe nicht notwendigerweise höhere Qualifikation für eine spezifische Jobbewerbung und Frauen sind nicht zum Wehrdienst zugelassen, außer sie entscheiden sich für eine Karriere als Berufssoldatin. Außerdem seien Frauen im Bereich der Kultur und der Künste zahlenmäßig überproportional vertreten, auch in Führungspositionen.

ÖB Sofia

Die österreichische Botschafterin beteiligte sich an der Initiative „Ambassador For a Day“, bei welcher eine junge Bulgarin im Alter zwischen 14 und 18 Jahren die Möglichkeit erhält, die Botschafterin während eines Tages bei ihrer Arbeit zu begleiten.

- Die österreichische Botschafterin nahm an zwei Veranstaltungen zum Titel “Leaders for a New Beginning” zur Bewerbung von nachhaltigem Management (am 25. Februar und 27. Mai). teil. Die Veranstaltung richtete sich an Jugendorganisationen und legte auch einen Fokus auf weibliche Führung.
- Die Veranstaltung DASICON 2021 „Equality in Progress: Empowering Women — Much Discussed, Least Conceptualised“ in Bulgarien wurde seitens der Botschaft beworben.
- Im Rahmen der Kulturarbeit lud die ÖB erfolgreich verstärkt Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen aus Österreich zu Veranstaltungen nach Bulgarien ein. Beispielsweise konnte für das Sofia Science Festival Dr. Lea Hartl vom Institut für interdisziplinäre Gebirgsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewonnen werden, die den vielen teilnehmenden Jugendlichen als „role model“ dienen kann.

ÖB Stockholm

- Die ÖB nahm am 23. April an der Eröffnungskonferenz der vom tunesischen Botschafter getragenen Initiative “Group of Ambassador Friends of Gender Equality“ teil. In weiterer Folge hat die ÖB via die tunesische Botschaft den Kontakt zwischen dieser Gruppe und der österreichischen Organisation ABZ*Austria (Ausbildung, Beruf und Zukunft) hergestellt. ABZ*Austria unterstützt Frauen beim (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben. Ein Follow-up ist für 2022 geplant.

ÖB Tallin

- Die estnischen Regierungsmitglieder, wie Regierungschefin Kaja Kallas und Außenministerin Eva-Maria Liimets haben gegen geschlechterbasierte Gewalt aufgerufen, was in den estnischen Medien Niederschlag gefunden hat.

KF Teheran

- Das KF Teheran setzt einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit Künstlerinnen, die im Iran besonderen Herausforderungen wie restriktive Kleidervorschriften, Auftrittsverbote für Sängerinnen und Tänzerinnen, rechtliche Diskriminierung von Frauen - ausgesetzt sind.
- Im September organisierte das KF ein „Science Diplomacy Webinar“ zum Thema „Architekturdialoge und Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“.
- Im Sept. organisierte das KF einen Austausch europäischer Vertretungen mit einer ehemaligen Vize-Gouverneurin der Provinz Balkh in Afghanistan. Dies war das erste Mal, dass ein derartiges Treffen mit einer afghanischen Politikerin, die in den Iran geflüchtet war, stattfand.
- Im November konnte die gemeinsame Literaturveranstaltung „Drei Länder eine Sprache“ mit DE und CH ausschließlich mit Autorinnen durchgeführt werden

ÖB Tel Aviv

- Die ÖB pflegte einen regelmäßigen Kontakt mit israelischen NGOs, u.a. der Women's International Zionist Organisation, Women, Wage Pace etc., die sich für die Umsetzung der WPS-Agenda einsetzen. Ziele der Resolution 1325 einsetzen.

KF Tel Aviv

- Die Gleichstellung von Frauen findet umfassende Berücksichtigung in der programmatischen Schwerpunktsetzung des KF, sowohl in den Bereichen Kunst und Kultur als auch im wissenschaftlichen Kontext. So wurde beispielsweise in Kooperation mit der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Haifa ein frauen(rechts)spezifisches Diskursformat initiiert. Dabei wurden israelische und österreichische Vertreterinnen Vertreter aus unterschiedlichen Disziplinen einbezogen.

ÖB Tiflis

- Einer der Schwerpunkte der ÖB lag auf Veranstaltungen im Zusammenhang mit der österreichischen Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner und ihrem Vermächtnis für die Friedensarbeit.
- Die ÖB unterstützte die lokale Organisation „Peace Institute for Progress“ bei der Organisation des zweiten Bertha-von-Suttner-Preises für Personen, die sich besonders in der Friedensarbeit engagieren. Die Wanderausstellung zu Bertha von Suttner wurde einen Monat lang in Batumi gezeigt.
- Die ÖB finanzierte die Publikation von zwölf Artikeln, die von Bertha von Suttner und ihrem Mann in ihrer Zeit in Georgien geschrieben wurden, in Form eines Sammelbands.
- Die ÖB initiierte eine Kooperation mit der Universität Innsbruck, die ein zweigleisiges Projekt, das bis zum Sommer 2022 läuft, initiierte:
 - o Einerseits wird eine umfassende Online-Datenbank über alle Publikationen von Bertha von Suttner aus ihrer Zeit in Georgien erstellt.
 - o Andererseits initiierte die ÖB ein Pilotprojekt mit einer Klasse von Schülerinnen und Schülern in Innsbruck, einer in Zugdidi sowie Schülerinnen und Schülern aus dem Gali-Distrikt in Abchasien. In diesem Rahmen wird über die österreichische Friedensnobelpreisträgerin gesprochen und über die Bedeutung ihrer Arbeit auch heute noch in einem Konfliktumfeld diskutiert.
- Seitens des österreichisches Koordinationsbüros gab es folgende Aktivitäten:
 - o Im Rahmen des von der OEZA geförderten Regionalprojekta „Improve the Implementation of UNSCR 1325 in East-Africa and Southern Caucasus“, durch geführt von der internationalen NGO „Global Network of Women Peace-builders“ wurden mehrere Trainings für Jugendliche zum Thema „Young Women Leaders“ in Georgien abgehalten. Die Schulungen zielten generell darauf ab, das Bewusstsein junger Menschen in Georgien für Themen im Zusammenhang mit den Resolutionen 1325 und 2250 zu schärfen; insbesondere wurde in den Trainings darauf Wert gelegt, die generelle Bedeutung des aktiven Beitrags von Jugendlichen an Friedensprozessen hervorzuheben. Mechanismen wurden identifiziert, in welcher Weise sich Jugendliche aktiv beteiligen können; etwa durch Gründung von Plattformen, um sich untereinander besser vernetzen und damit Probleme und Herausforderungen in den Konfliktregionen effektiver adressieren zu können. Wichtigste Diskussionsthemen waren u.a. auch Konfliktprävention, häusliche Gewalt sowie Frieden und Sicherheit, aber auch Themen rund um Cyber-Security.

- o Im OEZA Projekt „Women’s Economic Empowerment in the South Caucasus II“ (WEESC) (implementiert von UN WOMEN) Unterstützung des Projekts der „Equal Pay International Coalition (EPIC)“.
- o Im Rahmen des OEZA-Projekts „Improving local governance through inclusive development approaches“, durchgeführt von der NGO „Action Against Hunger“ wurden Trainings für Frauen auf beiden Seiten der Demarkationslinie zu Abchasien angeboten. Im Rahmen der Initiative „Women’s Economic Engagement and Leadership (WEEL)“ nahmen 67 Frauen aus vier verschiedenen Gemeinden (Akhmeta, Zugdidi, Gali und Tkvarcheli) beiderseits der Demarkationslinie an Schulungen zur Berufsbildung teil. Durch die Schulungen haben sich die Chancen für die Frauen am Arbeitsmarkt bereits verbessern können; so konnten zehn Teilnehmerinnen innerhalb kürzester Zeit einen Arbeitsplatz mithilfe der Schulungen finden. Die übrigen Teilnehmerinnen führen ihre Ausbildungen weiter.
- o Zum Thema häusliche Gewalt und Gewaltprävention erfolgte eine direkte psychologische Betreuung von mehr als 114 Menschen durch geschulte Psychotherapeutin und Psychotherapeuten im Rahmen des von der NGO SOS-Kinderdorf durchgeführten Projektes zur „Förderung von Geschlechtergleichstellung und Prävention des Auseinanderbrechens von Familien in Zugdidi.“ Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der häuslichen Gewalt in den besagten Familien. Zusätzlich erhielten mehr als elf Familien eine individuelle Familientherapiesitzung; Das Projekt fördert aktuell auch aktiv die inklusive Aus- und Weiterbildung von Therapeuten und Therapeutinnen, Betreuerinnen und Betreuern sowie Kindern.

ÖB Tirana

- Folgende Kulturprojekte, die zur Stärkung von Frauenrechten beitragen, wurden durchgeführt:
 - o Im Rahmen des Internationalen Holocaust-Tages wurde ein online- Streaming des Films „Das wirst du nie verstehen“ von Anja Salomonowitz durchgeführt.
 - o Online-Streaming von Videos zu Eugenie Schwarzwald und Marlen Haushofer (Programmgestalterin Bettina Rossbacher);
 - o Im Rahmen des Jugendliteraturfestivals „TIRANA-GATE 2021“ wurden Lesungen, insbesondere Laura Freudenthaler, abgehalten.

- o Beim „International Human Rights Film Festival Albania“ 2021, wurden österreichische Filme, u.a. „NIRGENDWO“ von Natali Halla gezeigt.

ÖB Tunis

- Im April fand im Rahmen des Programms „Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft“ in der Universität La Manouba eine digitale Lesung von Bettina Rossbacher über Marlene Haushofer statt. Dieses wurde gefolgt von einem Symposium sowie der Präsentation von filmischen Eigenproduktionen der Studierenden.
- Anlässlich einer vom Europarat koordinierten Konferenz zum Thema Menschenhandel im Dezember konnte die ÖB Frau Botschafterin Tichy-Fisslberger als prominente weibliche Teilnehmerin gewinnen.
- Zugleich ist die ÖB in der lokalen Arbeitsgruppe „Gender Coordination Group“ unter Federführung von UN WOMEN Tunisia sowie der kanadischen Botschaft vertreten. In diesem Rahmen findet ein laufender Austausch und Koordination der Geber zu genderbezogenen Projekten statt. Zugleich erfolgt im Rahmen dieser Arbeitsgruppe ein Monitoring der Situation der Frauenrechte in Tunesien

ÖB Zagreb

- Im Rahmen eines Online-Screenings des Bühnenstückes „In the Name of the Father“ erfolgte die Thematisierung sexueller Gewalt während der Jugoslawienkriege.
- Im November erfolgte ein Vortrag über frauengerechtes Planen und Bauen durch die Wiener Städteplanerin Eva Kail.
- Im Rahmen eines hybriden Projekts der Universität Zadar wurden Frauenstadtspaziergänge und Frauengeschichten in Zadar organisiert und dadurch der Fokus auf herausragende Frauen der Stadtgeschichte gelenkt.
- Die online-Vorführung des Films „Sie ist der andere Blick“ richtet den Fokus auf Herausforderungen, mit denen Frauen in der Kunstszene konfrontiert sind.
- Das KF unterstützte ein Filmprojekt „Gewalt gegen Frauen“ das sich mit häuslicher Gewalt während der COVID-19 Pandemie beschäftigt.

Anhang 2: Abkürzungsverzeichnis

- ABAAD: Resource Center for Gender Equality
- ACDC: Arms Control, Disarmament and Non-Proliferation Centre
- ADA: Austrian Development Agency
- ADN: Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung
- AKF: Auslandskatastrophenfond
- AMS: Arbeitsmarktservice
- ANA: Afghan National Army
- ASPR: Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution
- AT: österreichisch
- BKA: Bundeskanzleramt
- BM: Bundesminister/Bundesministerin
- BMBWF: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
- BMEIA: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- BMI: Bundesministerium für Inneres
- BMJ: Bundesministerium für Justiz
- BMLV: Bundesministerium für Landesverteidigung
- CCPCJ: Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege
- CEDAW: UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – engl. Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women
- CGP: Moldova Country Gender Profile
- CIFF: Cork International Film Festival
- CivCom: Ziviles Krisenmanagement
- CLIP: Country Level Implementation Plan
- CNDH: Comisión Nacional de los Derechos Humanos (Nationale mexikanische Menschenrechtskommission)
- COHOM: Arbeitsgruppe Menschenrechte COHOM - zuständig für Menschenrechtsfragen in den Europäischen Auswärtigen Beziehungen
- CSW: Commission on the Status of Women
- CRSV: Conflict-Related Sexual Violence
- CSoCD: Commission for Social Development (VN-Kommission für soziale Entwicklung)
- CSW: Commission on the Status of Women
- DAC: Development Assistance Committee
- DAK: Deutsche Akademie der Künste
- DSG: Deputy Secretary General
- EAD: Europäischer Auswärtiger Dienst
- EGMR: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

- EGSIA: Environmental, Gender and Social Impact Management
- ESDC: European Security and Defence College
- EU: Europäische Union
- EU-HOMs: EU-Head of Missions
- EU-MS: EU-Mitgliedstaaten
- EUDEL: Delegation of the European Union to the International Organisations in Vienna
- EUNIC: European Union National Institutes for Culture
- EZA: Entwicklungszusammenarbeit
- FCDO: Foreign, Commonwealth & Development Office (britisches Außenministerium)
- FGM: Weibliche Genitalverstümmelung – engl. female genital mutilation
- FIIAPP: International Ibero-American Foundation for Administration and Public Policies
- FINCENT: Finnish Defence Forces' International Centre
- FMOC: United Nations Female Military Officers Course
- FSK: Forum für Sicherheitskooperation
- FWF: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
- GAP: Gender Action Plan
- GEF: Generation Equality Forum
- GENAD: Gender Advisors
- GFA: Gender Field Advisors
- GNWP: Global Network of Women Peacebuilders
- GSVP: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- GToT: Gender Training of Trainers Course
- HDP: Humanitarian-Development Nexus
- IAEO: Internationale Atomenergie-Organisation
- IBC: Ingeborg Bachmann Centre
- ICC: International Chamber of Commerce
- ICCPR: Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
- IGC: International Gender Champions
- IDA: International Development Association
- IDLO: International Development Law Organization
- IDP: Internally Displaced People
- IFI: Internationale Finanzinstitutionen
- IK: Istanbul Konvention
- ILO: International Labor Organization
- INCAF: International Network for Conflict and Fragility
- IO: Internationale Organisationen
- IOM: International Organisation for Migration (Internationale Organisation für Migration)
- IPI: Internationales Friedensinstitut
- IPK: Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
- IRCT: International Rehabilitation Council for Torture Survivors
- JPO: Junior Professional Officer (Programm)

- KAIPTC: Kofi Annan International Peacekeeping Training Center
- KF: Kulturforum
- KFOR: Kosovo Force
- KPCh: Kommunistische Partei Chinas
- KWN: Kosovo Women's Network
- LLAC: Luxembourg Lady Ambassadors Club
- LEFÖ: Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels
- MENA Region: Nahost und Nordafrika
- MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik
- MINURSO: United Nation Mission for the Referendum in Western Sahara
- MRR: Menschenrechtsrat
- MRV: Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger
- MVW: Massenvernichtungswaffen
- NANE: ungarische Frauenorganisation – Abkürzung steht für „Frauen für Frauen gemeinsam gegen Gewalt“
- NAP 1325: Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325
- NASOM: New Austrian Sound of Music
- NATO: Organisation des Nordatlantikpakts
- NCGM: Nordic Center for Gender in Military Operations
- NCGP: NATO-Komitee zu Gender-Perspektiven
- NDICI: Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument
- NGCP: NATO-Komitee zu Gender-Perspektiven
- NGO: Non-Governmental-Organisation (Nicht-Regierungs-Organisation)
- ÖAD: Agentur für Bildung und Internationalisierung (früher: Österreichischer Austauschdienst)
- ÖB: Österreichische Botschaft
- ÖBH: Österreichisches Bundesheer
- ODIHR: Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte – engl. Office for Democratic Institutions and Human Rights
- OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – engl. Organisation for Economic Co-operation and Development
- OEZA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- ÖKF: Österreichisches Kulturforum
- ÖRK: Österreichisches Rotes Kreuz
- ÖSFK: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
- OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- ÖV: Österreichische Vertretung
- PAN: Aktionsplans zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt
- PMG: Politisch-Militärische Gruppe
- PSK: Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
- PSOTC: Peace Support Operations Training Center
- RACVIAC: Center of Security Cooperation

- REST: Residency Status: Strengthening the protection of trafficked persons
- RFOM: OSZE-Beauftragte/r für die Freiheit der Medien
- SDG: Sustainable Development Goal
- SGG: Sicherheits- und Gender Group
- SSG/R: Security Sector Governance and Reform
- SSR: Security Sector Reform
- SWEDINT: Swedish Armed Forces International Training Centre
- TKDF: Föderation türkischer Frauenverbände
- UNDP: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – engl. United Nations Development Programme
- UNFPA: Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen
- UNHCR: UN Flüchtlingswerk – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen – engl. United Nations High Commissioner for Refugees
- UNICEF: United Nations International Children’s Emergency Fund (Kinderhilfswerk der VN)
- UNIDO: Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung – engl. United Nations Industrial Development Organization
- UNIFIL: Interimstruppe der VN im Libanon
- UNMIK: Mission der Vereinten Nationen im Kosovo
- UNODC: Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung
- UPR: Universal Periodic Review
- UNRWA: Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina Flüchtlinge – engl. United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
- UNTSO: United Nations Truce Supervision Organization
- VAE: Vereinigte Arabische Emirate
- VB: Vertretungsbüro
- VN: Vereinte Nationen
- VN-GS: GeneralsekretärIn der Vereinten Nationen
- VN-GV: Generalversammlung der Vereinten Nationen
- VN-MRR: Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
- VN-MS: Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen
- VN-OCHA: Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
- VN-SR: Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
- VNC: Voluntary National Contribution
- WAN: Women Ambassadors’ Network
- WEIBO: chinesische Mikroblogging-Plattform
- WEOG: Western European and Others Group (eine der fünf regionalen Gruppen der Vereinten Nationen)
- WEPs: Women’s Empowerment Principles
- WHO: World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
- WIL: Women in International Law Network

- WKÖ: Wirtschaftskammer Österreich
- WPF: World Food Programme
- WPHF: Women's Peace and Humanitarian Fund
- WPS: Resolution on Women, Peace and Security
- WUCWO: Weltunion der Katholischen Frauenverbände
- YPS: Youth, Peace and Security Agenda der Vereinten Nationen

Allgemeine Abkürzungen

- insbes. - insbesondere
- bzw. - beziehungsweise
- u.a. – unter anderem
- z.B. – zum Beispiel
- etc. – ecetera
- d.h. – das heißt
- i.H.v. – in Höhe von
- diesbzgl. - diesbezüglich
- ca. - circa
- dzt. - derzeit
- v.a. – vor allem
- geb. – geboren
- insg. – insgesamt
- oz. – oben zitiert

